



„Übergänge mit System“ Länderstudie Nordrhein-Westfalen

September 2010

*Prof. Dr. Dieter Euler
Dr. Monika Reemtsma-Theis
Institut für Wirtschaftspädagogik
Universität St. Gallen*

Übergänge mit System

Länderstudie Nordrhein-Westfalen

**Projektleitung in der
Bertelsmann Stiftung:**
Clemens Wieland

Inhalt

1	Ziel der Länderstudie	5
2	Übergangssystem aus einer bundeslandübergreifenden Perspektive	7
2.1	Kontext	7
2.2	Länderübergreifende Bildungsangebote im Übergangssystem	8
2.3	Quantitative Referenzgrößen (bundesweit)	12
3	Profil des Übergangssystems im Bundesland Nordrhein-Westfalen	14
3.1	Umfang der Maßnahmen mit Bezug zum Übergangssystem	14
3.2	Struktur der vorberuflichen und beruflichen Ausbildungsgänge	16
4	Detaildarstellung: Programme und Maßnahmen in Nordrhein-Westfalen	19
4.1	Grundtypus 1: Berufsorientierung, Berufsvorbereitung	19
4.1.1	Berufsorientierung an der Schnittstelle allgemein bildende Schule – Berufsbildung	19
A	„STARTKLAR – Mit Praxis fit für die Ausbildung“ (Typ 1.1)	19
B	„Zukunft fördern. Vertiefte Berufsorientierung gestalten“ (Typ 1.1)	20
C	Betrieb und Schule – BUS (Typ 1.1)	21
D	Kooperationsklassen Hauptschule-Berufsorientierungsjahr (Typ 1.3)	22
4.1.2	Berufsvorbereitung, Herstellung der Ausbildungsreife in kognitiven/sozialen Scherpunkten	23
4.1.3	Berufsvorbereitung, teils gerichtet auf Herstellung von Ausbildungsreife, teils Berufsorientierung/berufliche Grundbildung	23
A	Berufsorientierungsjahr (BOJ) (Typ 1.3)	23
B	Klasse für Schülerinnen und Schüler ohne Berufsausbildungsverhältnis (KSoB) (Typ 1.3)	24
C	Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen (BvB) (Typ 1.3)	25
D	Werkstattjahr (Typ 1.3)	25
E	„Ein-Topf“ (Typ 1.3 als Anknüpfungspunkt)	28
F	ILJA – Integration lernbehinderter Jugendlicher in Ausbildung (Typ 1.3 als Anknüpfungspunkt)	29
4.1.4	Berufsvorbereitung, primär gerichtet auf Berufsorientierung/berufliche Grundbildung Einstiegsqualifizierung (EQ) (Typ 1.4)	30
4.2	Grundtypus 2: Berufliche Ausbildungsgänge	31
4.2.1	Schulische berufliche Grundbildung	31
A	Berufsfachschule ohne Berufsabschluss (1- oder 2-jährig)	31
B	Berufsgrundschuljahr (Typ 2.1)	33
4.2.2	Schulische Berufsausbildung, Abschluss außerhalb eines anerkannten Ausbildungsberufs nach BBiG/HWO Berufsfachschule mit Berufsabschluss nach Landesrecht (Typ 2.2)	33

4.2.3	Schulische Berufsausbildung, Abschluss mit Bezug auf anerkannten Ausbildungsberuf nach BBiG/HWO:	34
	Bildungsgänge nach der Berufskollegsanrechnungs- und -zulassungsverordnung (BKAZVO) (Typ 2.3)	34
4.2.4	Außerbetriebliche Berufsausbildung	35
	A Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE) (Typ 2.4)	35
	B Der „3. Weg in der Berufsausbildung in NRW“ (Typ 2.4)	35
5	Rahmenbedingungen: Finanzierung und Durchführung	38
6	Programmatische Aussagen über das Übergangssystem	39
7	Zusammenfassende Darstellung und Einschätzung der Maßnahmen	43
8	Perspektiven und Herausforderungen für Reforminitiativen	48
9	Literatur	52

1 Ziel der Länderstudie

Mit dieser Länderstudie werden die Maßnahmen des Übergangssystems zwischen allgemein bildender Schule und Berufsausbildung im Bundesland Nordrhein-Westfalen dargestellt und analysiert. Die Analyse erfolgt unter Rückgriff auf das Leitbild „Berufsausbildung 2015“. Dort wird der Anspruch formuliert, dass „die Übergangsmaßnahmen (...) systematisch und ohne Zeitverlust auf die Erreichung einer qualifizierten Berufsausbildung hinführen“ sollen. „Sofern kein unmittelbarer Einstieg in eine duale Berufsausbildung erfolgt, sollen Einstiege in die Berufsausbildung so gestaltet werden, dass Warteschleifen und Verdoppelungen vermieden werden. Dies erfordert eine (horizontale) Durchlässigkeit innerhalb und zwischen verschiedenen Formen der Berufsausbildungsvorbereitung und Berufsausbildung.“ (Bertelsmann Stiftung 2009, S. 49)

Ausgehend von der Unterscheidung in Berufsausbildungsvorbereitung und Berufsausbildung sollen bestehende Maßnahmen des Übergangssystems **zwei Grundtypen** zugeordnet werden:

- Typ 1: „Für nicht ausbildungsreife Jugendliche sollen zielgruppenadäquate, individuelle und kreative Ansätze genutzt werden, um Ausbildungsreife herzustellen. Es kommt dabei nur auf diesen Erfolg an; Standardisierung ist daher weniger wichtig als die Möglichkeit zu individueller Bemessung der Maßnahmedauer und die Verbindlichkeit des Übergangs in Ausbildung. Jugendliche, die in diese Berufsvorbereitung einmünden, müssen sicher erwarten können, bei Erfolg auch eine Ausbildung antreten zu können. Dazu muss auch die Diagnosefähigkeit der Akteure im Übergangssystem verbessert werden. Für umfassendere Profiling-Verfahren, Potenzialanalysen und Bildungsberatung müssen genügend Kapazitäten bereitgestellt und in den Prozess eingebunden werden.“ (Bertelsmann Stiftung 2009, S. 49)
- Typ 2: „Für ausbildungsreife Jugendliche ohne Ausbildungsplatz sollen nach den Standards der Ausbildung deren Kompetenzen vermittelt werden. Dabei geht es um eine Synchronisierung der drei Segmente Duale Ausbildung, Ausbildung durch Schulen und Ausbildung bei Bildungsträgern. Möglichst in allen Ausbildungsformen sind Betriebe einzubeziehen.“ (Bertelsmann Stiftung 2009, S. 50)

Bei der Unterscheidung der beiden Grundtypen ist zu berücksichtigen, dass das Konstrukt der Ausbildungsreife aus wissenschaftlicher Perspektive unscharf und aus politischer Perspektive umstritten ist. Die Selbstverständlichkeit, mit der der Begriff die Diskussion in der Berufsbildungspraxis prägt, steht in einem deutlichen Kontrast zu seiner Unschärfe. „So ist nach wie vor die Frage ungeklärt, inwieweit diese Merkmale (von Ausbildungsreife, D.E./M.R-T.) tatsächlich positiv mit dem Ausbildungsverlauf und -erfolg korrelieren“ (Dietrich u. a. 2009, S. 32).

In den Bundesländern wurden im vergangenen Jahrzehnt zahlreiche Maßnahmen eingeführt, die für unterschiedliche Zielgruppen innerhalb des Übergangssystems darauf zielten, diese letztlich in eine Berufsausbildung zu überführen. Im Ergebnis entstand ein System von länderübergreifend (z. B. BvB, EQ) sowie länderspezi-

fisch konzipierten Maßnahmen, die der ursprünglichen Zielsetzung häufig nur begrenzt gerecht werden konnten.

Vor diesem Hintergrund werden mit der vorliegenden Länderstudie die im Bundesland Nordrhein-Westfalen eingeführten Maßnahmen zunächst beschrieben und anschließend im Hinblick auf ihre Affinität zu den im Leitbild „Berufsausbildung 2015“ eingeführten beiden Grundtypen analysiert.

Die Auswertung gliedert sich gemäß den folgenden Leitfragen:

1. Wie stellt sich das Übergangssystem im Bundesland hinsichtlich Umfang und Struktur dar?
2. Welche Programme, Maßnahmen, Bildungsgänge, Erfahrungen etc. existieren im Bundesland, um das Übergangssystem in eine abschlussorientierte Berufsausbildung zu führen (u. a. Zielgruppen, Aufbau der Maßnahme, Bezug zu Berufsausbildungsgängen, bisheriger Erfahrungszeitraum, bisherige positive/kritische Erfahrungen)? Inwieweit besteht eine politische Koordination bzw. Steuerung vielfältiger Initiativen?
3. An welche Rahmenbedingungen ist das jeweilige Programm geknüpft (Finanzierung, Förderung, Träger...)?
4. Welche programmatischen Aussagen bestehen im Hinblick auf das Übergangssystem? Inwieweit existieren Verbindungen zu der Zielsetzung eines ‚zweigliedrigen Übergangssystems‘? Wer sind die Treiber für entsprechende politische Initiativen?
5. Inwieweit bieten die bestehenden Erfahrungen das Potential für eine Übertragung in andere Bundesländer?
6. Welche Interessen und Faktoren wirken im Land fördernd oder hemmend im Hinblick auf einen möglichen Abbau des Übergangssystems?

2 Übergangssystem aus einer bundeslandübergreifenden Perspektive

2.1 Kontext

Beschreibungen des Übergangssystems beginnen häufig mit dem Hinweis, dass es sich dabei nicht um ein System, sondern um ein Konglomerat von Maßnahmen handelt, die zueinander viele Überlappungen und in sich nur begrenzt konsistent seien. Im Nationalen Bildungsbericht 2008 (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008) wird das Übergangssystem abgegrenzt zu dem Dualen System der Berufsausbildung und dem Schulberufssystem, wobei zwischen den drei Bereichen durchaus unscharfe Linien konstatiert werden. Das Übergangssystem umfasst Bildungsgänge, „die unterhalb einer qualifizierten Berufsausbildung liegen bzw. zu keinem anerkannten Ausbildungsabschluss führen, sondern auf eine Verbesserung der individuellen Kompetenzen von Jugendlichen zur Aufnahme einer Ausbildung oder Beschäftigung zielen und zum Teil das Nachholen eines allgemein bildenden Schulabschlusses ermöglichen.“ (Konsortium Bildungsberichterstattung 2006, S. 79) Ohne an dieser Stelle in die Details zu gehen, sollen die mit der Entstehung und schrittweisen Ausdehnung des Übergangssystems verbundenen Kernprobleme aus dem Bildungsbericht zusammengefasst werden:

- Die Übergangsphase aus den allgemein bildenden Schulen ist für einen großen Teil der Schulabgänger unsicherer geworden und hat sich deutlich verlängert. Etwa 27 % der Jugendlichen ist nach zweieinhalb Jahren noch nicht in einer Ausbildung angekommen.
- Besondere Probleme an der Schwelle zur beruflichen Ausbildung haben Schüler mit und ohne Hauptschulabschluss. Von den Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss erreicht etwa nur ein Fünftel, von den Schulabgängern mit Hauptschulabschluss erreichen etwa zwei Fünftel direkt einen Ausbildungsplatz im dualen System. Auch Absolventen mit einem Mittleren Schulabschluss haben zunehmend Übergangsprobleme. Über ein Viertel muss zunächst Maßnahmen des Übergangssystems in Anspruch nehmen. Für die Mehrheit der Hauptschulabgänger ist der Berufseintritt bis über das 20. Lebensjahr hinausgezögert.
- Besonders prekär stellt sich die Situation für Jugendliche mit ausländischer Staatsangehörigkeit dar. Sie sind in den Maßnahmen des Übergangssystems deutlich überrepräsentiert.
- Junge Männer haben ein höheres Risiko des Scheiterns als junge Frauen. Zum einen verfügen junge Männer im Durchschnitt über ein geringeres Abschlussniveau, zum anderen präferieren sie eher gewerblich-technische Berufe, die im Unterschied zu den von Frauen bevorzugten Dienstleistungsberufen tendenziell geringere Berufschancen haben.
- Eine traditionelle Stärke des dualen Systems war, gerade Absolventen aus bildungsferneren Gruppen den Weg in eine qualifizierte Ausbildung und in den Arbeitsmarkt zu eröffnen. Die zurückgehenden Quoten von Absolventen mit und ohne Hauptschulabschluss im dualen System zeigen, dass diese integrierende Funktion zunehmend verloren geht.
- Es besteht die Gefahr der Entstehung einer „dauerhaften Risikogruppe“: Rund ein Viertel der Absolventen der Sekundarstufe I bleibt auch rund 2,5 Jahre

nach Schulabschluss ohne Ausbildungsstelle, von den Hauptschulabgängern bleiben rund zwei Fünftel ohne Berufsabschluss. Für diese Jugendlichen bestehen derzeit nur noch geringe Chancen, über das Übergangssystem oder zu späteren Zeitpunkten den Weg in eine qualifizierte Ausbildung zu finden.

2.2 Länderübergreifende Bildungsangebote im Übergangssystem

Das Übergangssystem besteht aus einer Vielzahl von Maßnahmen, von denen einige länderübergreifend, andere länderspezifisch ansetzen. Nachfolgend sollen die Maßnahmen skizziert werden, die in nahezu allen Bundesländern – teilweise in einer länderspezifischen Ausprägung – angeboten werden (vgl. Beicht 2009, S. 2).

Berufsvorbereitende Maßnahmen (BvB) der Bundesagentur für Arbeit

Zielgruppe

- Ursprünglich konzipiert für lernbeeinträchtigte und sozial benachteiligte Jugendliche, so befinden sich mittlerweile auch Jugendliche in diesen Maßnahmen, denen allein aufgrund der schlechten Ausbildungsmarktsituation die Einmündung in eine abschlussorientierte Berufsausbildung nicht gelang. An den Maßnahmen teilnehmen können Personen unter 25 Jahren, die ihre Schulpflicht erfüllt und noch keine Ausbildung abgeschlossen haben.
- Zur Zielgruppe zählen insbesondere junge Menschen, die noch nicht über die erforderliche Ausbildungsreife oder Berufseignung verfügen oder denen die Aufnahme einer Ausbildung wegen fehlender Übereinstimmung zwischen den Anforderungen des Ausbildungsmarktes und dem persönlichen Bewerberprofil nicht gelungen ist und deren Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen durch die weitere Förderung ihrer beruflichen Handlungsfähigkeit erhöht werden sollen (Steigerung der Vermittelbarkeit) (Bundesagentur für Arbeit 2009, S. 2).
- Momentan konzentrieren sich in den Maßnahmen Jugendliche, die bereits über einen Hauptschul- bzw. mittleren Bildungsabschluss verfügen.

Maßnahmenprofil

- Seit 2004 gibt es drei zielgruppenübergreifende Qualifizierungsebenen: (1) Grundstufe: Berufsorientierung und Berufswahl; (2) Förderstufe: Vermittlung beruflicher Grundfertigkeiten; (3) Übergangsqualifizierung: berufs- und betriebsorientierte Qualifizierung. Vor der Grundstufe wird i. d. R. eine bis zu vierwöchige Eignungsanalyse vorgeschaltet, in der eine realistische Einschätzung der individuellen Stärken und Schwächen mit Blick auf berufliche Anforderungen erfolgen soll. In der Übergangsqualifizierung sollen vertiefende Qualifikationen vermittelt werden, die dem gewählten Ausbildungsberuf entsprechen und ggf. auf die spätere Ausbildung angerechnet werden können. In diese drei Stufen können die Teilnehmenden entsprechend ihres jeweils festgestellten, individuellen Förderbedarfs flexibel ein- und umsteigen (BA-Fachkonzept). Nach der Förderstufe wird ein Übergang in Ausbildung oder Beschäftigung angestrebt. Gelingt dies nicht, erfolgt der Übertritt in die Übergangsqualifizierung.

- Zu den Aufgaben der BvB gehört es laut Fachkonzept,
 - „den Teilnehmenden die Möglichkeit zu geben, ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten hinsichtlich einer möglichen Berufswahl zu überprüfen und zu bewerten, sich in der Vielzahl der Berufe zu orientieren und eine Berufswahlentscheidung zu treffen,
 - den Teilnehmenden die erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten für die Aufnahme einer beruflichen Erstausbildung (ggf. auch durch den Erwerb eines Hauptschulabschlusses oder eines gleichwertigen Schulabschlusses) oder – sofern dies (noch) nicht möglich ist – für die Aufnahme einer Beschäftigung zu vermitteln und
 - die Teilnehmenden möglichst nachhaltig in den Ausbildungs- und/oder Arbeitsmarkt zu integrieren.“ (Bundesagentur für Arbeit 2009, S. 1)
- Der nachträgliche Erwerb des Hauptschulabschlusses bzw. eines gleichwertigen Abschlusses wird ermöglicht.¹

Förderdauer

- Die maximale Förderdauer beträgt i. d. R. bis zu 10 Monate, bei jungen Menschen mit Behinderung bis zu 11 Monate, bei jungen Menschen, die ausschließlich an einer Übergangsqualifizierung teilnehmen, bis zu 9 Monate.
- Für junge Menschen, die im Rahmen der BvB auf den Hauptschulabschluss vorbereitet werden sollen, beträgt die Regelförderdauer bis zu 12 Monate.
- Für junge Menschen mit Behinderung, die ausschließlich das Ziel der Arbeitsaufnahme haben, beträgt die maximale individuelle Förderdauer bis zu 18 Monate. (Vgl. Bundesagentur für Arbeit 2009, S. 14 und 35)

Durchführung

- Die Durchführung der BvB erfolgt durch Bildungsträger. Als wesentliche Eckpunkte für die Durchführung der BvB werden im Fachkonzept u. a. ausgewiesen:
 - Individualisierung von Qualifizierungs- und Förderverläufen,
 - inhaltliche Gliederung der BvB in Qualifizierungsebenen sowie Förder- und Qualifizierungssequenzen,
 - Eignungsanalyse als Grundlage für eine erfolgreiche Qualifizierungs-/Förderplanung,
 - Bildungsbegleitung,
 - Stellenakquise und Vermittlung in Ausbildung und Arbeit,
 - Förderung von kooperativen Qualifizierungsangeboten.
- Die Vermittlung beruflicher Grundfertigkeiten soll dabei auf der Grundlage von Qualifizierungsbausteinen erfolgen. Sie sind entsprechend zu bescheinigen und zu dokumentieren.“ (Bundesagentur für Arbeit 2009, S. 18) Zudem können bundesweit anerkannte Ausbildungsbausteine (z. B. im Rahmen des BMBF-Programms JOBSTARTER CONNECT) für die Vermittlung der beruflichen Grundfertigkeiten in der Übergangsqualifizierung eingesetzt werden. (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2009, S. 19) An dieser Stelle werden Ansatz-

¹ Zum 01.01.2009 ist ein Rechtsanspruch auf die Vorbereitung auf einen Hauptschulabschluss bzw. einen gleichwertigen Schulabschluss im Rahmen einer Berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme (§ 61a SGB III) in Kraft getreten. Vgl. Bundesagentur für Arbeit 2009a, S. 9 ff..

punkte für die Weiterentwicklung der Maßnahmen im Sinne der in Kap. 1 skizzierten Ziele erkennbar.

- Am Ende der BvB sind den Teilnehmenden vom Träger die erworbenen Grundlagen beruflicher Handlungsfähigkeit in differenzierter und insbesondere für Betriebe nachvollziehbarer Form zu bescheinigen.

Schulisches Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)

Das BVJ wurde in den Bundesländern ab Mitte der 1970er Jahre als einjähriger Bildungsgang an beruflichen Schulen eingerichtet, in erster Linie für Jugendliche ohne Schulabschluss bzw. mit Sonderschulabschluss. Im Rahmen einer Berufsorientierung bzw. der Vermittlung berufsbezogener Qualifikationen in einem oder mehreren Berufsfeldern sowie einer integrierten sozialpädagogischen Betreuung sollen sie auf eine Berufsausbildung vorbereitet werden. In vielen Ländern können die Jugendlichen mit dem Besuch des BVJ ihre (Berufs-)Schulpflicht erfüllen. Die Profile des BVJ unterscheiden sich zwischen den Bundesländern mehr oder weniger stark, zum Teil wird es auch unter einer anderen Bezeichnung geführt. Häufig kann durch eine Zusatzprüfung ein Abschluss erworben werden, der dem Hauptschulabschluss gleichwertig ist.

Berufsgrundbildungsjahr (BGJ)

Die ursprüngliche Konzeption des BGJ bestand darin, das erste Ausbildungsjahr der dualen Berufsausbildung durch eine vollzeitschulische, breit angelegte berufliche Grundbildung in einem von 13 definierten Berufsfeldern zu ersetzen. Dieses Konzept scheiterte, auch das in einigen Ländern zusätzlich eingeführte BGJ in kooperativer Form (d.h. gemeinsam in Schulen und Betrieben durchgeführt) fand keine breite Akzeptanz. Inzwischen hat das BGJ primär die Funktion, Jugendliche zumeist mit Hauptschulabschluss und ohne Ausbildungsplatz aufzunehmen und für diese durch die Vermittlung einer breiten beruflichen Grundbildung die Übergangschancen zu verbessern. Mit einer Zusatzprüfung kann im Rahmen des BGJ häufig der mittlere Bildungsabschluss erworben werden. Die früher obligatorisch vorgesehene Anrechnung des BGJ auf die Dauer der Berufsausbildung ist ab 2009 nur noch auf gemeinsamen Antrag von Betrieb und Auszubildendem möglich (§ 7 Abs. 2 BBiG).

Einstiegsqualifizierung (EQ)

Bei dem in 2004 im Rahmen des Ausbildungspakts eingeführten EQ (früher Einstiegsqualifizierungsjahr EQJ) handelt es sich um ein 6-12-monatiges ausbildungsvorbereitendes Praktikum in Betrieben. Es ist für Jugendliche vorgesehen, die auch nach den jährlichen bundesweiten Nachvermittlungsaktionen noch ohne Ausbildungsplatz geblieben sind. Die Zielgruppe deckt sich in beträchtlichem Maße mit derjenigen der BvB. Die in der EQ vermittelten Qualifikationen sollen auf einen dualen Ausbildungsberuf vorbereiten. Der Betrieb zahlt eine Vergütung von derzeit bis zu 212 € monatlich, die von der BA erstattet wird. Eine Übernahme in Ausbildung sollte vom Unternehmen angestrebt werden. Während des Praktikums besuchen die Jugendlichen die Berufsschule des jeweiligen Berufs.

Zum Abschluss der EQ soll ein betriebliches Zeugnis, ein Zeugnis der Berufsschule sowie ein IHK-Zertifikat bei erfolgreichem Abschluss (auf Grundlage des betriebli-

chen Zeugnisses) ausgestellt werden. Im Einzelfall ist maximal eine Anrechnung der Einstiegsqualifizierung von 6 Monaten auf eine nachfolgende Berufsausbildung möglich. (Vgl. http://www.arbeitsagentur.de/nn_27522/zentraler-Content/A03-Berufsberatung/A031-Berufseinsteiger/Allgemein/Sonderprogramm-Einstiegsqualifizierung.html, abgerufen am 09.11.2009) Die Erfahrungen mit der EQ sollen anhand des Abschlussberichts der Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung (GIB 2008), die die bundesweite Begleitforschung zum EQJ durchführte, skizziert werden. Als zentrale Ergebnisse können festgehalten werden:

- Die Teilnehmenden wiesen in den betrachteten drei Programmjahren jeweils höhere Übergangsquoten in Ausbildung auf als die Jugendlichen der jeweiligen Kontrollgruppen. In jedem der drei abgeschlossenen Programmjahre gingen von den Teilnehmenden etwa zwei Drittel nach Abschluss ihres Praktikums in eine berufliche Ausbildung über. Hochgerechnet auf alle Absolventen der Einstiegsqualifizierung gelangten von diesen ehemals nicht vermittelten bzw. unversorgten Ausbildungsbewerbern im Jahr 2005 ca. 11.500, in 2006 ca. 22.000 und in 2007 ca. 28.000 in berufliche Ausbildung.
- Zwei Drittel der Teilnehmenden gehörten zu der Zielgruppe der Jugendlichen mit erkennbaren individuellen Vermittlungshemmnissen, während die anderen Jugendlichen keine Vermittlungshemmnisse aufwiesen (bzw. diese aus den verfügbaren Daten nicht erkennbar waren). Von den Jugendlichen, die aufgrund erkennbarer Vermittlungshemmnisse mit Sicherheit zu der Zielgruppe des Programms gehörten, erreichten zwei Drittel das Ziel der Einmündung in eine Ausbildung. Es lässt sich damit insgesamt für das Programm eine kumulierte Zielgruppen- und Zielerreichung von mindestens 40 % ableiten.
- Die Möglichkeit der Anrechnung der Einstiegsqualifizierung auf eine anschließende Ausbildung wurde eher selten umgesetzt, was unter anderem mit dem nicht flächendeckenden Berufsschulbesuch (länderspezifische Regelungen) zusammenhängt. Nur etwa 20 % der befragten Jugendlichen gaben an, dass das Praktikum sehr wahrscheinlich auf die Ausbildungszeit angerechnet wird.
- Die Ausstellung von Zertifikaten durch die zuständigen Kammern im Anschluss an die absolvierte Einstiegsqualifizierung wurde kaum umgesetzt. Dies lag jedoch v. a. daran, dass Jugendliche und Unternehmen die entsprechenden Anträge nicht stellten.
- Durch das EQ-Programm möglicherweise verursachte Verdrängungseffekte von Ausbildungsplätzen konnten zum einen durch die Steigerung der Ausbildungsaktivitäten bereits ausbildender Betriebe und zum anderen durch die Bereitschaft ehemaliger Nicht-Ausbildungsbetriebe zur Ausbildung überkompensiert werden. Dabei übernahmen die Nicht-Ausbildungsbetriebe meist ihren EQ-Praktikanten in eine Ausbildung. (Vgl. GIB 2008, S. 14 ff.)

Berufsfachschule (BFS)

Die BFS ist ein schulisches Bildungsangebot, das in mehreren Facetten angeboten wird und sich entsprechend an unterschiedliche Zielgruppen wendet. In der Regel wird ein Hauptschulabschluss vorausgesetzt, in einzelnen Bildungsgängen stellt jedoch der mittlere Bildungsgang die Zugangsvoraussetzung dar. Je nach Bildungsgang ist der Erwerb eines höheren Bildungsabschlusses (mittlerer Schulabschluss,

Fachhochschulreife) möglich und für einen Teil der Schüler/-innen auch das vorrangige Ziel. Die Ausgestaltung der BFS differiert in den Bundesländern sehr stark.

Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE)

Bei der durch die Bundesagentur für Arbeit finanzierten BaE handelt es sich um außerbetriebliche Berufsausbildungsgänge, die zu einem anerkannten Berufsabschluss nach BBiG oder HwO führen. Die Durchführung der Ausbildung erfolgt durch Bildungsträger, mit denen der Jugendliche den Ausbildungsvertrag abschließt. Die Berufsausbildung wird in zwei Formen durchgeführt: Bei der *integrativen BaE* ist der Bildungsträger sowohl für die fachtheoretische als auch die fachpraktische Unterweisung zuständig. Letztere wird durch betriebliche Phasen von mindestens 40 bis zu maximal 120 Arbeitstagen je Ausbildungsjahr ergänzt. Die sinnvollen Anteile betrieblicher Phasen ergeben sich aus den individuellen Qualifizierungsfortschritten der Teilnehmer und den Vorgaben des Ausbildungsrahmenplans. Bei der *kooperativen BaE* wird die fachpraktische Unterweisung durch einen Kooperationsbetrieb durchgeführt.² Auch hier ist der Bildungsträger für die Koordinierung der Ausbildung, die Verteilung der Ausbildungsaufgaben hinsichtlich aller Ausbildungsinhalte und die weitere sozialpädagogische Begleitung zuständig.

Angestrebt wird ein möglichst frühzeitiger Übergang in eine betriebliche Ausbildung. Gelingt dies nicht, wird die Ausbildung außerbetrieblich zu Ende geführt.

Zielgruppe für die BaE sind

- Lernbeeinträchtigte und sozial benachteiligte Jugendliche und junge Erwachsene ohne berufliche Erstausbildung, die selbst mit ausbildungsbegleitenden Hilfen nicht in einem Betrieb ausgebildet werden können;
- Jugendliche, die die allgemeine Schulpflicht erfüllt haben (ohne Altersbeschränkung)

(Vgl. <http://www.arbeitsagentur.de/zentraler-Content/HEGA-Internet/A05-Berufli-Qualifizierung/Publikation/HEGA-12-2007-VA-GA-Ausbildungsfoerderung-Anlage-1.pdf>, Zugriff am 12.11.2009)

2.3 Quantitative Referenzgrößen (bundesweit)

Die Zahl der Jugendlichen in den skizzierten Maßnahmenbereichen ist in den vergangenen beiden Jahrzehnte deutlich gestiegen. Einige Zahlen sollen dies veranschaulichen (vgl. Beicht 2009, S. 3):

- Die Teilnehmenden in den BvB haben sich von 1992 auf 2007 mehr als verdoppelt (von 70.400 auf 148.819).
- Die Zahl der Schüler/-innen im BVJ stieg zwischen 1992 – 2007 um 67 % (von 37.156 auf 62.077), diejenigen im BGJ um 47 % (von 31.325 auf 46.031). Die

² Um eine Verdrängung regulärer Ausbildungsplätze durch die BaE im kooperativen Modell zu vermeiden, können Kooperationspartner nur Betriebe sein, die ihre üblichen Ausbildungskapazitäten hierdurch nicht reduzieren und die grundsätzliche Bereitschaft erklären, den Jugendlichen nach dem ersten Ausbildungsjahr in ein betriebliches Ausbildungsverhältnis zu übernehmen.

Zahl der Schüler/-innen im ersten Schuljahr von BFS, die eine berufliche Grundbildung vermitteln, stieg um 72 % (von 110.252 auf 189.892).

- Im EQ waren in 2007 insgesamt 37.233 Eintritte zu verzeichnen.

Insgesamt nimmt ca. ein Drittel (32 %) der nichtstudienberechtigten Schulabsolventen/-innen im Übergang zwischen allgemein bildender Schule und Berufsausbildung an mindestens einer teilqualifizierenden Maßnahme teil. Im Durchschnitt verbleiben die Teilnehmenden ca. 17 Monate im Übergangssystem.

3 Profil des Übergangssystems im Bundesland Nordrhein-Westfalen

3.1 Umfang der Maßnahmen mit Bezug zum Übergangssystem

Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht über die Teilnehmendenzahlen derjenigen Maßnahmen aus dem Schuljahr 2008/09³, die einen Bezug zum Übergangssystem aufweisen. Die Formulierung „Bezug zum Übergangssystem“ wird absichtlich so vorsichtig gewählt, da vor allem die in die Betrachtung aufgenommenen schulischen Bildungsgänge der BFS nicht von allen Schülern i. S. e. „Übergangslösung“ genutzt werden. Von einem nicht genau zu bemessenden Teil der Schüler werden sie primär als Möglichkeit gesehen, einen höheren Schulabschluss zu erwerben. Dies gilt prinzipiell auch für die anderen schulischen Bildungsgänge, in denen nachträglich der Hauptschulabschluss oder ein höherer Bildungsabschluss erworben werden kann (s. die Skizzierung der Bildungsgänge in Kap. 4).⁴

Da nun aber keine Daten zur persönlichen Motivation der Schüler/innen zum Besuch der Bildungsgänge vorliegen, werden hier die Gesamt-Teilnehmenden-Daten ausgewiesen – wohl wissend, dass nur ein Teil der Schüler/innen originär dem Übergangssystem zuzuordnen ist. Dies ist streng genommen nur dann der Fall, wenn sie die entsprechende Schulform (oder alternative Maßnahme) ‚nur‘ deshalb besuchen, weil sie keine duale Ausbildungsstelle gefunden haben.⁵

Maßnahmen	Teilnehmende (2008/09)
Berufsorientierungsjahr (BOJ)	5.658
Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen der Arbeitsverwaltung (BvB)	Ca. 15.000
Klassen für Schülerinnen und Schüler ohne Berufsausbildungsverhältnis (KSoB)	32.522
Werkstattjahr	Ca. 5.800
Einstiegsqualifizierung (EQ) ⁶	5.148
Berufsgrundschuljahr (BGJ)	18.463
Berufsfachschulen ohne Berufsabschluss	

³ Um das Gesamtvolumen der Teilnehmenden im Übergangssystem zu ermitteln, kann man jedoch nicht die Teilnehmenden der einzelnen Maßnahmen addieren, da die Schüler im KSoB sich zum Teil aus den BvB sowie dem Werkstattjahr rekrutieren und damit eine Doppelzählung vorläge.

⁴ Aus der Betrachtung ausgeklammert bleiben in Abstimmung mit dem Ministerium für Schule und Weiterbildung die schulischen Bildungsgänge des Gesundheitswesens sowie die zweijährige BFS nach Landesrecht (Sozial- und Pflegeberufe), da sie als Alternative zu einer dualen Ausbildung und nicht als Übergang zu eben dieser gewählt werden.

⁵ Aus Gründen der sprachlichen Vereinfachung wird im weiteren Text jedoch weiterhin von „dem Übergangssystem“ gesprochen.

⁶ Diese Zahlen stammen aus der Statistik der BfA zu geförderten Arbeitnehmer/innen sowie besonders förderungsbedürftigen Personengruppen in NRW im Berichtsjahr 2008; Tabelle 3a: Zugangsdaten (vgl. www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/200812/eb/sgbiii/dwo/eb_sgbiii_05.pdf, Zugriff am 28.11.2009)

– einjährig	6.053
– zweijährig	9.407 (Eintritte in 2008)
Bildungsgänge nach der Berufskollegsanrechnungs- und - zulassungsverordnung (BKAZVO)	629 (Eintritte 2008) 1.352 (Gesamt 2008)
Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE) ⁶	5.404
3. Weg ⁷	Ca. 900

Tab. 1: Übersicht Teilnehmendenzahlen im Übergangssystem NRW
(eigene Darstellung nach einem internen Papier des MSW 2009⁸)

Über die in der Tabelle ausgewiesenen hinaus wurden zahlreiche Maßnahmen entwickelt, die auf eine verbesserte Berufsorientierung zielen und die bereits in den allgemein bildenden Schulen einsetzen bzw. diese einbeziehen (z. B. Kooperationsklassen Hauptschule – Berufsorientierungsjahr; siehe Kap. 4).

Um die Relation des Berufsausbildungssystems zum Übergangssystem zu verdeutlichen, wird die Zahl der neu abgeschlossenen betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildungsverträge (im Zeitraum vom 01.10.2007 – 30.09.2008) in NRW herangezogen: Es wurden in diesem Zeitraum in NRW insgesamt 131.902 *neue Ausbildungsverträge* abgeschlossen. (Vgl. BMBF 2009, S. 9).

Die Zahl der Zugänge in außerbetrieblichen Ausbildungen beläuft sich dabei laut Statistik der BA in NRW im Berichtsjahr 2008 auf 5.404; hinzu kommen noch ca. 900 Teilnehmer des 3. Weges, so dass es sich auf ca. 6.000 *außerbetriebliche Ausbildungen* summiert.

Addiert man nun die Anzahl der schulischen Maßnahmen der Berufsvorbereitung, die zugleich die Teilnehmenden der BvB der Arbeitsagentur und des Werkstattjahrs umfassen, und die Anzahl der BFS ohne Berufsabschluss (1. Jahr) sowie der EQ, so ergibt sich eine Anzahl von weiteren *Teilnehmenden in Maßnahmen mit Bezug zum Übergangssystem* von ca. 75.000.

Auch wenn die Datenbasis aufgrund der unterschiedlichen Quellen, Stichtage und Berichtszeiträume als problematisch anzusehen ist, zeigen doch die Zahlen, dass eine beträchtliche Anzahl von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in NRW 2008 nicht in eine betriebliche Ausbildung gemündet ist, sondern sich in außerbetrieblicher Ausbildung oder weiteren Maßnahmen mit Bezug zum Übergangssystem befand.⁹

⁷ Die Zahl der Teilnehmenden am zweiten Ausbildungsdurchgang im 3. Weg ab Oktober 2008 stammen aus GIB 2009b, S. 9.

⁸ Die schulischen Daten des Papiers stammen aus „Das Schulwesen in Nordrhein-Westfalen aus quantitativer Sicht 2008/2009“ des Ministeriums für Schule und Weiterbildung.

⁹ Wie bereits ausgeführt, gibt es jedoch keine Daten dazu, welche Teilnehmenden die jeweiligen Maßnahmen tatsächlich als „ungewollten Übergang“ oder „Warteschleife“ für eine eigentlich angestrebte berufliche Ausbildung nutzen.

3.2 Struktur der vorberuflichen und beruflichen Ausbildungsgänge

In Kap. 1 wurden zwei Grundtypen von Maßnahmen im Übergangssystem skizziert. Da diese Grundtypen jedoch noch vergleichsweise grob formuliert sind, soll eine weitere Auffächerung vorgenommen werden, um anschließend eine differenziertere Zuordnung und Analyse der erfassten Bildungsmaßnahmen im nordrhein-westfälischen Übergangssystem zu ermöglichen:

Grundtypus 1	Primäres Ziel: Herstellung von Ausbildungsreife	
	1.1	Berufsorientierung an der Schnittstelle allgemein bildende Schule – Berufsbildung
	1.2	Berufsvorbereitung, Herstellung der Ausbildungsreife in kognitiven/sozialen Schwerpunkten
	1.3	Berufsvorbereitung, teils gerichtet auf Herstellung der Ausbildungsreife, teils Berufsorientierung/berufliche Grundbildung
	1.4	Berufsvorbereitung, primär gerichtet auf Berufsorientierung/berufliche Grundbildung
Grundtypus 2	Primäres Ziel: Vermittlung berufsqualifizierender Kompetenzen, die zu einem Berufsabschluss führen	
	2.1	Schulische berufliche Grundbildung
	2.2	Schulische Berufsausbildung, Abschluss außerhalb eines anerkannten Ausbildungsberufs nach BBiG/HWO (Berufsabschluss nach Landesrecht)
	2.3	Schulische Berufsausbildung, Abschluss mit Bezug auf anerkannten Ausbildungsberuf nach BBiG/HWO
	2.4	Außerbetriebliche Berufsausbildung

Tab. 3: Untergliederung der Grundtypen von Maßnahmen im Übergangssystem

Die in Nordrhein-Westfalen vorfindlichen Maßnahmen des Übergangssystems lassen sich wie in der folgenden Tabelle dargestellt den Grundtypen zuordnen.

Grund- typus 1	1.1	Berufsorientierung an der Schnittstelle allgemein bildende Schule – Berufsbildung <ul style="list-style-type: none"> • „STARTKLAR“ • „Zukunft fördern. Vertiefte Berufsorientierung gestalten“ • „Betrieb und Schule – BUS“ • Kooperationsklassen Hauptschule-Berufsorientierungsjahr
	1.2	Berufsvorbereitung, Herstellung der Ausbildungsreife in kognitiven/sozialen Schwerpunkten <ul style="list-style-type: none"> • Z. B. Jugendwerkstätten
	1.3	Berufsvorbereitung, teils gerichtet auf Herstellung der Ausbildungsreife, teils Berufsorientierung/berufliche Grundbildung <ul style="list-style-type: none"> • Berufsorientierungsjahr (BOJ), • Klassen für Schüler/innen ohne Berufsausbildungsverhältnis (KSoB) • Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen (BvB) • Werkstattjahr • „Ein-Topf“, ILJA, STAR (gehen aber als <i>strukturelle</i> Ansätze darüber hinaus)
	1.4	Berufsvorbereitung, primär gerichtet auf Berufsorientierung/berufliche Grundbildung <ul style="list-style-type: none"> • Einstiegsqualifizierung (EQ)
Grund- typus 2	2.1	Schulische berufliche Grundbildung: <ul style="list-style-type: none"> • Berufsfachschulen ohne Berufsabschluss (1- oder 2-jährig) • Berufsgrundschuljahr (BGJ)
	2.2	Schulische Berufsausbildung, Abschluss außerhalb eines anerkannten Ausbildungsberufs nach BBiG/HWO: <ul style="list-style-type: none"> • Berufsfachschulen mit Berufsabschluss nach Landesrecht (2-jährig)
	2.3	Schulische Berufsausbildung, Abschluss mit Bezug auf anerkannten Ausbildungsberuf nach BBiG/HWO <ul style="list-style-type: none"> • Bildungsgänge nach der Berufskolleganrechnungs- und -zulassungsverordnung (BKAZVO)
	2.4	Außerbetriebliche Berufsausbildung: <ul style="list-style-type: none"> • Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE) • 3. Weg in der Berufsausbildung

Tab. 3: Zuordnung der Maßnahmen des Übergangssystems in NRW zu den Grundtypen

In dieser Typologie nimmt der Typ 1.1, der sich auf Maßnahmen der *Berufsorientierung* bezieht, eine Sonderstellung ein. Die oftmals in den allgemein bildenden Schulen angesiedelten Maßnahmen der Berufsorientierung (v. a. „STARTKLAR“ und „Zu-

kunft fördern“) zählen nicht originär zum Übergangssystem. Sie haben aber einen inhaltlichen Zusammenhang, insofern als mit einer gezielten Berufsorientierung bereits Schritte in Richtung Erlangung der Ausbildungsreife gegangen werden, diese jedoch nicht notwendigerweise erreicht wird. Als Ziel steht i. d. R. vielmehr die Berufswahlreife im Vordergrund (siehe die Skizzierung der Maßnahmen in Kap. 4).

Die in Kapitel 2.2 erwähnte Berufsfachschule, die zur Fachhochschulreife führt, wird in Nordrhein-Westfalen sowohl ohne als auch mit Berufsabschluss angeboten (2- und 3-jährig). Die Bildungsgänge werden hier jedoch nicht mit Bezug zum Übergangssystem gesehen, wenngleich viele bereits ausbildungsreife Jugendliche diese Qualifikation nutzen, um ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz in einem anspruchsvolleren Ausbildungsberuf zu erhöhen.

Die Berufsfachschulen mit Berufsabschluss außerhalb eines anerkannten Ausbildungsberufs nach BBiG/HWO (Grundtypus 2 / 2.2) führen zum mittleren Schulabschluss (Fachoberschulreife) und zu den folgenden Berufsabschlüssen nach Landesrecht: staatlich geprüfte/r Kinderpfleger/in, staatlich geprüfte/r Sozialhelfer/in, staatlich geprüfte/r Heilerziehungshelfer/in. Der erfolgreiche Abschluss dieser Bildungsgänge ermöglicht zwar die Aufnahme einer entsprechenden Berufstätigkeit, erfüllt aber in Verbindung mit dem mittleren Schulabschluss z. B. gleichzeitig die Aufnahmevoraussetzung für die Ausbildung als Erzieher / Erzieherin in der Fachschule. Die Bildungsgänge dienen vielfach auch im Übergang Schule – Beruf der Verbesserung der Chancen auf eine weitere Berufsausbildung z. B. im Gesundheitswesen.

4 Detaildarstellung: Programme und Maßnahmen in Nordrhein-Westfalen

Im Folgenden werden die in Kap. 3 aufgelisteten Maßnahmen des Übergangssystems in NRW jeweils skizziert und – sofern zugänglich – auch entsprechende Erfahrungen sowie der Verbleib der Teilnehmenden dokumentiert. Daten zum Verbleib der Teilnehmenden aus den schulischen Bildungsgängen liegen nicht vor.

4.1 Grundtypus 1: Berufsorientierung, Berufsvorbereitung

4.1.1 Berufsorientierung an der Schnittstelle allgemein bildende Schule – Berufsbildung

A „STARTKLAR – Mit Praxis fit für die Ausbildung“ (Typ 1.1)

Ziel

Das Ziel von STARTKLAR ist eine Stärkung der Ausbildungs- und Berufswahlreife von Jugendlichen in den Jahrgangsstufen 8, 9 und 10.

Zielgruppe

Sind Schüler der Haupt- Gesamt- und Förderschulen in Nordrhein-Westfalen. Im Zentrum des Projekts stehen insbesondere Schülerinnen und Schüler, die den direkten Übergang in eine Ausbildung anstreben und zusätzlicher Unterstützung bedürfen. Dabei sollen die besonderen Bedingungen von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf Berücksichtigung finden.

Durchführung

Die vertiefte Berufsorientierung umfasst Lerneinheiten in der Schule und an außerschulischen Lernorten. Es werden verschiedene Bausteine und Modelle der schulischen Berufsorientierung zu einem integrierten und frühzeitig beginnenden Angebot zusammengefasst. Die erste Phase startet im Schuljahr 2009/10.

Die Durchführung von „STARTKLAR! Mit Praxis fit für die Ausbildung“ wird jeweils mit den bestehenden Ansätzen der Berufsorientierung in der Schule verzahnt, wobei eine enge Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern vorgesehen ist.

Das Programm gliedert sich in folgende drei Phasen:

- *Jahrgang 8 – Kompetenzen feststellen und sich orientieren:*
Die Teilnehmer/innen orientieren sich durch praktisches Arbeiten in den Werkstätten der Berufsbildungsstätten in mindestens drei verschiedenen Berufsfeldern. Die dabei gezeigten Kompetenzen werden dokumentiert.
- *Jahrgang 9 – Praxis bezogen lernen und sich qualifizieren:*
Im zweiten Schritt lernen die Jugendlichen verstärkt praxisbezogene Arbeitsinhalte und qualifizieren sich vertiefend in einzelnen Berufsfeldern. Die Schule arbeitet dabei eng mit außerschulischen Partnern zusammen.
- *Jahrgang 10 – Berufswahl konkretisieren/in die Ausbildung begleiten:*
Im dritten Schritt konkretisieren die Schülerinnen und Schüler ihre Berufswahl

und bereiten sich sowohl auf den Schulabschluss als auch den Übergang in eine duale Ausbildung vor. Dabei können sie zusätzliche Unterstützungsangebote in Anspruch nehmen. Durch eine anschließende Phase der Nachbetreuung soll die Stabilität der geschlossenen Ausbildungsverhältnisse gesichert werden.

Die für den 8. Jahrgang vorgesehene Berufsfeldorientierung und anschließende Kompetenzfeststellung richtet sich an alle Schülerinnen und Schüler der teilnehmenden Schulen. Ab dem 9. Jahrgang soll die Zahl der teilnehmenden Schüler/innen in der Regel zwischen 15 und 20 liegen, wobei die bestehenden Organisationsformen der Jahrgangsstufen und Klassen beibehalten werden. Die Teilnehmer/innen erhalten aber zusätzliche berufsorientierende Lernangebote.

Das Projekt wird von der Stiftung Partner für Schule der Landesregierung NRW und der Wirtschaft umgesetzt.

(Vgl. <http://www.partner-fuer-schule.nrw.de/startklar.php>, Zugriff am 26.11.2009)

B „Zukunft fördern. Vertiefte Berufsorientierung gestalten“ (Typ 1.1)

Ziel/Zielgruppe

„Zukunft fördern. Vertiefte Berufsorientierung gestalten“ ist ein in 2008 gestartetes Innovationsprojekt zur Unterstützung der Berufsorientierung aller allgemein bildenden weiterführenden Schulen Nordrhein-Westfalens. Die individuelle Ausbildungsreife und die Fähigkeit zum Treffen einer fundierten Berufswahl sollen damit systematisch gesteigert werden.

Durchführung

Im Rahmen von „Zukunft fördern“ wurden zehn schulform-spezifische Projektmodule zur innerschulischen Berufsorientierung entwickelt. Seit Anfang Januar 2009 werden rund 1000 Schulen mit mehr als 1300 Modulen unterstützt.

Folgende Module stehen zur Verfügung:

- Modul 1* Berufsorientierungsbüros (BOB)
- Modul 2* Berufsorientierungscamps
- Modul 3* Kompetenzfeststellungsverfahren
- Modul 4* Vertiefte Berufsorientierung an Förderschulen
- Modul 5* Förderkurse für Lernende mit Zuwanderungsgeschichte – Berufsorientierung über Sprache fördern
- Modul 6* Gründung von Schülerfirmen – Selbstständigkeit erproben
- Modul 7* Schülerbetriebspraktika im Ausland – Horizonte erweitern
- Modul 8* Duales Orientierungspraktikum in der Sekundarstufe II – Studienorientierung schaffen
- Modul 9* Theaterpädagogisches Berufswahltraining für Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte
- Modul 10* Sozialpraktikum – Sozial kompetent in den Beruf

Das Projekt wird von der Stiftung Partner für Schule der Landesregierung NRW und der Wirtschaft umgesetzt.

(Vgl. http://www.partner-fuer-schule.nrw.de/dev/t3/fileadmin/redaktion/pdf/zukunft/faltblatt_zukunft-foerdern.pdf, Zugriff am 26.11.2009)

C Betrieb und Schule – BUS (Typ 1.1)

Ziel

Das Ziel von "Betrieb und Schule – BUS" ist es, drohende Arbeitslosigkeit für benachteiligte Jugendliche möglichst schon im Vorfeld des Übergangs von der Schule ins Berufsleben zu vermeiden und gleichzeitig deren Berufs- und Arbeitsplatzwahl zu erleichtern.

Zielgruppe

des Projekts sind benachteiligte Jugendliche im letzten Pflichtschuljahr, die die Schule – zum Teil nach mehrfacher Wiederholung einzelner Schuljahre -, voraussichtlich ohne den Hauptschulabschluss und ohne konkrete Perspektive für einen Ausbildungs- oder einen Arbeitsplatz verlassen. Diese Jugendlichen mit einem absehbar schwierigen Schul- und Berufsverlauf werden durch eine Kombination schulischen Lernens mit betrieblicher Erfahrung in Förderpraktika während des letzten Pflichtschuljahres auf den Übergang in Ausbildung oder Beschäftigung vorbereitet. Schule, Jugendhilfe, die Stiftung Partner für Schule NRW und Arbeitsmarktpolitik wirken dabei zusammen, um diesen Jugendlichen frühzeitig individuelle Übergänge in Beruf und Arbeit zu ermöglichen.

Die Jugendlichen werden von den Schulen ausgesucht und beteiligen sich freiwillig an dem Projekt.

Durchführung

Die Jugendlichen sind drei Tage in der Woche in der Schule und zwei Tage in einem angeleiteten Praktikum im Betrieb. Durch diese Verbindung von betrieblicher Praxis und schulischem Lernen sollen die Jugendlichen neu motiviert werden, wobei gerade dem Lernen im Betrieb hier eine wichtige Funktion zukommt. Die Lehrkräfte erschließen die betrieblichen Praktikumsplätze und sind sowohl für die Betriebe als auch die Jugendlichen Ansprechpartner während der betrieblichen Phasen.

Für die Betriebe ermöglicht BUS eine gezielte Nachwuchssuche und Integration von geeigneten Jugendlichen in die betriebliche Praxis. Initiativbewerbungen solcher Jugendlichen um einen Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz würden in Konkurrenz zu anderen Bewerbern in der Regel keinen Erfolg bringen. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass die Betriebe die Jugendlichen in dem über ein ganzes Jahr angelegten Praktikum gut genug kennen lernen, um sich ggf. doch für sie zu entscheiden.

(Vgl. http://www.businnrw.de/bus-in-nrw/index.php?option=com_content&view=article&id=2&Itemid=6, Zugriff am 26.11.2009)

Seit dem landesweiten Start des Projekts „BUS-Betrieb und Schule“, im Schuljahr 2001/2002, haben knapp 20.000 Schülerinnen und Schüler an diesem speziellen Angebot teilgenommen und es zu Ende geführt. Dabei mündeten im Anschluss an das BUS-Jahr bis zum Schuljahr 2006/07 durchschnittlich über 30 % der Jugendlichen in ein Beschäftigungsverhältnis im ersten Arbeitsmarkt, 2007/08 und 2008/09 waren es ca. 25 % bzw. 22 %. Davon wiederum sind jeweils mehr als 80 % Ausbil-

dungsverhältnisse. Insgesamt haben von 2001 bis 2009 rund 7000 Jugendliche nach Beendigung des BUS-Schuljahres eine Beschäftigung begonnen.

In Berufsvorbereitungsmaßnahmen gingen zwischen knapp 30 % (2002/03 und 2003/04) und ca. 50 % (2007/08 und 2008/09) der Teilnehmenden. Die Anteile der weiterführenden Schulbesuche schwanken zwischen 10 % und 22 %. Pro Schuljahr verlassen nur rund 10 % der Jugendlichen die BUS-Klassen ohne Perspektive; in den Schuljahren 2007/08 und 2008/09 waren dies sogar nur ca. 5 %.¹⁰

(Vgl. http://www.businnrw.de/bus-in-nrw/index.php?option=com_content&view=article&id=4&Itemid, Zugriff am 04.12.2009)

D Kooperationsklassen Hauptschule-Berufsorientierungsjahr (Typ 1.3)

Zielgruppe

Schulmüde Schüler/innen nach der 8. Klasse mit schlechter Abschlussprognose absolvieren in einer zweijährigen Phase die Kooperationsklasse. Der fachpraktische und fachtheoretische Unterricht (ca. 1/3 des Unterrichts) orientiert sich an den ministeriellen Vorgaben zum Berufsorientierungsjahr. Der Unterricht in allen Fächern ist am Lehrplan der Hauptschule angelehnt.

Ziel

Ziel ist der Erwerb des Hauptschulabschlusses mit gleichzeitiger Berufsorientierung in mehreren Berufsfeldern

Unterrichtsorganisation

1. Jahr

- Hauptschule mit 19 Wochenstunden
- Berufskolleg mit 12 Wochenstunden
- mehrwöchige Betriebspraktika
- Kompetenzchecks und Bewerbungstrainings

2. Jahr

- Gleiche Stundenanteile Hauptschule-Berufskolleg wie im 1. Jahr
- mehrwöchige Betriebspraktika

(Vgl. http://www.schulministerium.nrw.de/BP/EigenverantwortlicheSchule/SchEK/Vorhaben/Johann-Amos-ComeniusHauptschule_u_a4/index.html, Zugriff am 27.11.2009)

Nähere Informationen zu Verlauf und Erfahrungen liegen dem MSW zu den Kooperationsklassen derzeit noch nicht vor, da sich die Maßnahme an zwei Schulen noch im Erprobungsstadium befindet.¹¹

¹⁰ Die Daten für die Schuljahre 2007/08 und 2008/09 stammen aus einem Email-Kontakt mit dem BUS-Projektkoordinator der Landes-Gewerbeförderungsstelle des nordrhein-westfälischen Handwerks (LGH).

¹¹ Information aus einem E-Mail-Kontakt mit dem MSW im Dezember 2010.

4.1.2 Berufsvorbereitung, Herstellung der Ausbildungsreife in kognitiven/sozialen Scherpunkten

Zu den unter 1.2 angeführten Maßnahmen der Berufsvorbereitung zählen Programme der arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit sowie weitere Maßnahmen der Träger der Grundsicherung (ARGEn, Optionskommunen), z. B. die Jugendwerkstätten. Diese Maßnahmen haben je nach Ausprägung durchaus einen Bezug zum Übergangssystem und dem Ziel der Förderung von Ausbildungsreife. Da sie jedoch sehr vielfältig sind und einen deutlichen sozialpädagogischen Schwerpunkt besitzen, werden sie aus der vertieften Betrachtung von Maßnahmen ausgeklammert.

4.1.3 Berufsvorbereitung, teils gerichtet auf Herstellung von Ausbildungsreife, teils Berufsorientierung/berufliche Grundbildung

A Berufsorientierungsjahr (BOJ) (Typ 1.3)

Ziel

Das Berufsorientierungsjahr dient der Vorbereitung auf die Aufnahme einer Berufsausbildung und vermittelt Kenntnisse und Fertigkeiten aus mehreren Berufsfeldern. Der Erwerb des Hauptschulabschlusses (Klasse 9) wird ermöglicht.

Aufnahmevoraussetzungen

In das Berufsorientierungsjahr werden Schülerinnen und Schüler aufgenommen, die ihre Vollzeitschulpflicht erfüllt haben, aber nicht über den Hauptschulabschluss oder einen gleichwertigen Abschluss verfügen. Das Berufsorientierungsjahr kann auch als zehntes Vollzeitschuljahr besucht werden.¹²

Dauer und Gliederung des Bildungsganges

Das Berufsorientierungsjahr dauert ein Jahr. In einer Orientierungsphase erlangen die Jugendlichen Kenntnisse und Fertigkeiten aus mehreren Berufsfeldern. Während der darauf folgenden Einarbeitungsphase wird der Unterricht in einem ausgewählten Berufsfeld fortgesetzt. Betriebspraktika sind verpflichtend (4 Wochen).

Abschluss

Schülerinnen und Schüler erhalten ein Abschlusszeugnis, wenn sie die Leistungsanforderungen des Bildungsganges erfüllt haben und die Leistungen in der berufsbezogenen Praxis insgesamt mindestens „ausreichend“ sind.

¹² Die gesetzliche Grundlage stellt der § 37 Abs. 2 Satz 1 des Schulgesetzes für NRW dar, in dem die Schulpflicht in der Primarstufe und in der Sekundarstufe I geregelt wird:
„(2) Schulpflichtige mit zehnjähriger Vollzeitschulpflicht, die am Ende des neunten Vollzeitschuljahres in ein Berufsausbildungsverhältnis eintreten, erfüllen die Vollzeitschulpflicht im zehnten Jahr durch den Besuch der Fachklasse der Berufsschule (§ 22 Abs. 4 Nr. 1), im Falle des Abbruchs der Berufsausbildung durch den Besuch eines vollzeitschulischen Bildungsganges der Berufsschule (§ 22 Abs. 4 Nr. 2 bis 4).“
(http://www.schulministerium.nrw.de/BP/Schulrecht/Gesetze/SchulG_Info/Schulgesetz.pdf, Zugriff am 26.11.2009)

Zudem können die Schülerinnen und Schüler den Hauptschulabschluss (Klasse 9) erwerben, wenn sie einen bestimmten Notendurchschnitt in festgelegten Fächern erreichen.

(Vgl. <http://www.berufsbildung.nrw.de/cms/informationen-zu-bildungsgaengen/berufsschule/berufsvorbereitung/berufsvorbereitung.html>, Zugriff am 16.11.2009)

B Klasse für Schülerinnen und Schüler ohne Berufsausbildungsverhältnis (KSoB) (Typ 1.3)

Ziel

Die Jugendlichen erwerben berufliche Kenntnisse, die auf eine betriebliche Ausbildung vorbereiten und ihre Chancen auf dem Ausbildungsmarkt oder dem Arbeitsmarkt verbessern sollen. Darüber hinaus können sie gegebenenfalls den Hauptschulabschluss (nach Klasse 9) nachholen.

Aufnahmevoraussetzungen

Schülerinnen und Schüler, die die Schulpflicht in der Sekundarstufe II (Berufsschulpflicht) noch nicht erfüllt haben und sich nicht für einen anderen Bildungsgang entscheiden, besuchen die Klassen für Schülerinnen und Schüler ohne Berufsausbildungsverhältnis.

Unterricht

In diesem Bildungsgang findet an zwei Tagen in der Woche 12 Stunden Unterricht im Berufskolleg statt. An den übrigen drei Tagen nehmen die Jugendlichen teil

- an einer berufsvorbereitenden Maßnahme der Arbeitsverwaltung (BvB) oder am Werkstattjahr oder sie gehen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach (KSoB-Teilzeit)
- an einem Betriebspraktikum (von Schulseite begleitet: KSoB-Vollzeit).

Die fachliche Ausrichtung der KSoB orientiert sich so weit wie möglich am beruflichen Interessenschwerpunkt der Jugendlichen.

Die Möglichkeit, lediglich an zwei Tagen in der Woche den Unterricht des Berufskollegs zwecks Erfüllung der Berufsschulpflicht zu besuchen, ist nur noch bei Nachweis eines sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses gegeben.

Abschluss

Abschlusszeugnis; zugleich ist die Schulpflicht in der Sekundarstufe II (Berufsschulpflicht) erfüllt. Gegebenenfalls Hauptschulabschluss (Klasse 9)

Anschlussmöglichkeiten

Betriebliche Ausbildung

(Vgl. <http://www.berufsbildung.nrw.de/cms/informationen-zu-bildungsgaengen/berufsschule/berufsvorbereitung/berufsvorbereitung.html>, Zugriff am 16.11.2009)

C Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen (BvB) (Typ 1.3)

Das allgemeine Profil der berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen wurde in Kap. 2 beschrieben. In 2008 wurden in Nordrhein-Westfalen ca. 15.000 Jugendliche in diesem Maßnahmentyp gefördert.

D Werkstattjahr (Typ 1.3)

Zielgruppe

Das Werkstattjahr wurde 2005 eingerichtet und richtet sich seit 2008 speziell an Jugendliche, die voraussichtlich eine berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme (BvB) der Bundesagentur für Arbeit in der Regeldauer nicht erfolgreich absolvieren können und daher auch keine BvB erhalten.

Im Einzelnen zählen daher zur Zielgruppe:

- Jugendliche aus Förderschulen mit den Schwerpunkten Lernen oder emotionale und soziale Entwicklung oder Sprache,
- Jugendliche ohne Schulabschluss
- Jugendliche mit Hauptschulabschluss nach Klasse 9
- In Ausnahmen Jugendliche mit Hauptschulabschluss Klasse 10 und gravierenden Defiziten im Bereich Schlüsselkompetenzen/Motivationsproblemen.
- Ausreisepflichtige ausländische Jugendliche, die gemäß Schulgesetz NRW der Schulpflicht unterliegen.

Alle Jugendlichen müssen mit dem Beginn der Teilnahme am Werkstattjahr in sog. KSoB-Klassen (Klassen für Schüler/innen ohne Berufsausbildungsverhältnis) der Berufskollegs angemeldet sein. (Vgl. MAGS 2009c, S.3) Die Auswahl der Jugendlichen für das Werkstattjahr 2009/2010 erfolgt ausschließlich über die Berufsberatungen der Arbeitsagenturen und wird regional durch die Regionalagenturen koordiniert und unterstützt.

Ziele

„Ziel des Programms ist die Entwicklung konkreter persönlicher Anschluss- bzw. Übergangsperspektiven der vorgenannten Jugendlichen, insbesondere ins reguläre Ausbildungs- und Beschäftigungssystem, aber auch in weitergehende berufsvorbereitende Maßnahmen. Daneben sind das Kennen lernen von und Bewähren in realen betrieblichen Arbeitssituationen sowie die Herstellung bzw. Verbesserung von Ausbildungs- und Beschäftigungsfähigkeit Zielsetzung des Programms.“ (MAGS 2009, S. 4)

Der Erwerb des Hauptschulabschlusses ist nicht explizite Zielsetzung des Werkstattjahres, aber im Einzelfall möglich.

Aufbau des Programms

Das Werkstattjahr findet an den Lernorten Berufskolleg (2 Tage pro Woche) und Maßnahmeträger (3 Tage pro Woche) statt. In den Zeitanteilen des Trägers ist ein mind. sechswöchiges Betriebspraktikum zu integrieren.

- **Maßnahmeträger**

Die Förderstrategie beim Maßnahmeträger soll sich an den individuellen Qualifizierungsbedürfnissen der Jugendlichen orientieren, so dass eine Verschiebung der fachlichen Qualifizierungsziele zugunsten der intensiveren Förderung von Schlüsselkompetenzen möglich ist.

Insgesamt soll eine Förderung in folgenden Bereichen erfolgen:

- Aufbau von Schlüsselkompetenzen (wie Kennzeichen der allgemeinen Bildungs- und Arbeitsfähigkeit, schulische Basiskenntnisse, Sozialkompetenzen)
- Berufliche Orientierung (v. a. in der ersten Phase des Werkstattjahres)
- Aufbau von fachlichen Kompetenzen in einem ausgewählten Berufsfeld und deren Bescheinigung anhand von Qualifizierungsbausteinen
- Entwicklung von Anschlussperspektiven in enger Abstimmung mit den örtlichen Agenturen für Arbeit.

- **Betriebspraktikum**

Das mindestens sechswöchige Betriebspraktikum soll dazu dienen, dass die Jugendlichen den Arbeitsalltag im Betrieb kennen lernen. Es soll möglichst in Wochenblöcken durchgeführt werden.

- **Berufskolleg**

An zwei Tagen in der Woche besuchen die Jugendlichen die KSoB-Klassen des Berufskollegs, deren Unterricht sowohl im Berufskolleg als auch beim Träger stattfinden kann. Die Teilnahme am Unterricht ist verpflichtend.

Die Zeitanteile zwischen den Lernorten können flexibel gehandhabt werden, so dass etwa Blockformen oder die Verlängerung der Praktikumsdauer möglich sind. Kündigungen von Teilnehmenden können in begründeten Fällen ausgesprochen werden. (Vgl. MAGS 2009, S. 5 ff.).¹³

Teilnehmende und Verbleib

Im Jahr 2008/09 nahmen ca. 6.000 Jugendliche am Werkstattjahr teil (5.000 Plätze plus Fluktuation).¹⁴ Nach Schulabschlüssen gliedern sich die Teilnehmenden wie folgt:

ohne Schulabschluss	68 %
Hauptschulabschluss Kl. 9	19 %
Hauptschulabschluss Kl. 10	13 %
Mittlerer Bildungsabschluss	0,2 %

Tab. 4: Schulische Abschlüsse der Teilnehmenden des Werkstattjahres 2007/08; entnommen aus „Landesprogramme Benachteiligte Jugendliche“, internes Papier des MAGS

¹³ Zur Förderung siehe das „Merkblatt zur Förderung des Werkstattjahres 2009/2010“ des MAGS.

¹⁴ Die folgenden Daten stammen aus einer internen Auswertung des MAGS mit Stand 02.02.2009. In der GIB-Info 2/09 heißt es in einem Artikel zum Werkstattjahr, dass bis November 2008 ca. 5.100 Maßnahmeplätze eingerichtet wurden, auf die bis Ende Februar 2009 ca. 6.400 Jugendliche zugewiesen wurden.

Zum Verbleib liegen aktuell Daten des Werkstattjahres 2007/08 vor. Von 6.069 Teilnehmenden insgesamt ist der Verbleib von 4.366 (= 100 %) bekannt.

Ausbildung	30 %
Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung	5 %
BGJ, BvB, EQ, schulische Berufsvorbereitung	20 %
Weiterführender Schulbesuch	14 %
Geringf. Beschäftigung, sonst. Verbleib	13 %
Nichtstun, Gelegenheitsjobs	17 %

Tab. 5: Verbleib der Teilnehmenden des Werkstattjahres 2007/08; entnommen aus „Landesprogramme Benachteiligte Jugendliche“, internes Papier des MAGS

Ein etwas erweitertes Bild ergibt sich nach der GIB-Info 2/09 in einem Artikel zum Werkstattjahr. Dort heißt es nach einer Auswertung der Angaben der 156 am Programm beteiligten Bildungsträger: „Nur knapp die Hälfte der Teilnehmer(innen) bleiben bis zum Ende im Werkstattjahr, die anderen beendeten die Maßnahme vorzeitig. Ein Viertel dieser 3.200 vorzeitig ausgeschiedenen Jugendlichen brach das Werkstattjahr ab, weil sie einen Ausbildungsplatz, eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung oder ein besser geeignetes Förderangebot gefunden hatten. Ein Drittel der Teilnehmer musste das Werkstattjahr aufgrund von Fehlzeiten beenden, weitere häufige Abbruchgründe waren persönliche und soziale Probleme, Überforderung und Regelverstöße.“ (GIB 2009, o. S.) Von den Jugendlichen, die das Werkstattjahr beendeten, konnten 39 % in eine betriebliche oder überbetriebliche Ausbildung oder eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung vermittelt werden. Weitere 40 % wechselten in eine berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme, in schulische Bildungsgänge oder ein gefördertes Langzeitpraktikum (EQ). Dass der Anteil derer, die in eine weitere Bildungs- oder Fördermaßnahme einmünden, genau so groß ist wie derer, die in Ausbildung und Beschäftigung wechseln, wird damit begründet, dass es sich bei der Zielgruppe des Werkstattjahrs um Jugendliche handelt, die nach ihrem Schulabschluss noch längerfristigerer Förderung bedürfen, um das Ziel der Ausbildungsreife zu erreichen.

Im Werkstattjahr 2009/10 soll darauf hingewirkt werden, dass die Jugendlichen bereits während der Schulzeit über das Werkstattjahr informiert und dazu motiviert werden, einen Beratungstermin bei der zuständigen Agentur für Arbeit zu vereinbaren, da die Berufsberatungen über die Zuweisung zum Werkstattjahr entscheiden. (Vgl. ebd., o. S.) Eine geplante Intensivierung der sozialpädagogischen Begleitung der Jugendlichen im Werkstattjahr durch einen verbesserten Personalschlüssel (eine Betreuungsfachkraft für 20 Jugendliche) konnte aus finanziellen Gründen nicht umgesetzt werden.

E „Ein-Topf“ (Typ 1.3 als Anknüpfungspunkt)

Das Modellprojekt „Ein-Topf“ nimmt innerhalb der hier geschilderten Maßnahmen einen Sonderstatus ein, insofern, als es sich nicht um eine weitere Maßnahme für eine bestimmte Zielgruppe handelt, sondern vielmehr um ein *strukturelles Konzept* der Förderung Jugendlicher im Rahmen der Berufsvorbereitung.

Im „Rahmenkonzept für eine effektivere und effizientere Struktur und Durchführung Berufsvorbereitender Bildungsangebote („Eintopf“) vom Oktober 2006 wird vorangestellt, dass die bisherige Praxis der Berufsvorbereitung u. a. aufgrund mangelnder Transparenz und Akzeptanz bei den Beteiligten sehr problematisch ist. Auch die Kosten-Nutzen-Relation wird als „bescheiden“ bezeichnet. Mit dem Modellvorhaben soll ein einheitlicher, auf die individuelle Förderung der Jugendlichen ausgerichteter Ansatz auf lokaler Ebene entwickelt werden. Ausdrücklich wird dabei auf das sog. „Neue Förderkonzept“ und die darin festgelegte grundlegende Struktur der BvB-Maßnahmen der BfA Bezug genommen. (Vgl. MAGS 2006, S. 1)

Als *Ziel* des Modellvorhabens wird die Schaffung einer einheitlichen, transparenten Angebotsstruktur der Berufsvorbereitung mit einem „Maßnahme-Prototyp“ ausgewiesen, für den einheitliche Qualitätskriterien gelten. Mit Erreichen der Ausbildungs- bzw. Beschäftigungsfähigkeit endet die Teilnahme der Jugendlichen an dem Maßnahmetypus.

Die zentrale *Zielgruppe* sind Jugendliche mit Förderbedarf nach Absolvieren der allgemeinen Schulpflicht. Es werden jedoch präventiv alle Jugendlichen mit Förderbedarf ab der Klasse 8 der allgemein bildenden Schulen einbezogen, die voraussichtlich nicht das Ziel der Ausbildungsreife erreichen werden.

Der Förderbedarf wird von der Schule festgestellt und entsprechende Maßnahmen auch in Kooperation mit externen Partnern umgesetzt. Im letzten Pflichtschuljahr wird der individuelle Förderbedarf von einem Beratungs- und Förderteam (unter Federführung der Berufsberatung der Agenturen für Arbeit) festgestellt und in einem Förderplan dokumentiert und begleitet. (Vgl. ebd., S. 3)

Je nach Förderbedarf werden Kompetenzen aus den Bereichen der Allgemein- und Grundbildung, des Sozialverhaltens, der berufsfachlichen Fähigkeiten sowie weitere Schlüssel- und Methodenkompetenzen vermittelt, wobei die Zeitdauer der Vermittlung individuell flexibel gehandhabt wird.

Vor jeder größeren Einheit der Qualifizierung steht ein *Kompetenzfeststellungsverfahren*, um unnötige Qualifizierungseinheiten zu vermeiden. *Betriebliche Praktika* sind regelmäßiger Baustein der Einheiten (i. d. R. mind. 30 %). Alle Qualifizierungseinheiten, Tests, Praktika und weitere arbeitsmarktrelevante Informationen zum Jugendlichen werden im *Berufspass* festgehalten.

Die *organisatorische Verantwortlichkeit* für den Gesamtprozess wird an einer zentralen Stelle/Institution (Kreise / kreisfreie Städte) gebündelt. Die Kompetenzen und Zuständigkeiten zwischen dieser Stelle und den beteiligten Arbeitsagenturen werden klar zugewiesen. (Vgl. ebd., S. 4)

Förderung

Das Land/MAGS NRW fördert 50 % der förderfähigen Gesamtkosten. Begonnen wurde zunächst mit den Kreisen/Kreisfreien Städten Siegen-Wittgenstein, Mül-

heim/Essen/Oberhausen und in Ostwestfalen-Lippe mit Bielefeld und Minden-Lübbecke. Dabei werden pro Kreis bzw. kreisfreier Stadt im Durchschnitt 4 hauptamtliche Mitarbeiter/innen benötigt. Hinzu kommen die üblichen Pauschalen für Sach- und Verwaltungskosten sowie Gemeinkosten. Die verbleibenden 50 % sind von der Region aufzubringen.

Erfahrungen

Nach Auskunft des MAGS¹⁵ wurde die „Ein-Topf“-Strategie in Siegen-Wittgenstein und Bielefeld in Schritten umgesetzt. Die anderen Regionen sind aus unterschiedlichen Gründen inzwischen wieder ausgeschieden. In 2009 kamen jedoch fünf neue Regionen hinzu (Viersen, Rhein-Erft-Kreis, Leverkusen, Rhein-Sieg-Kreis und Bonn), in denen verschiedene regionale Ansätze erprobt werden sollen. In 2010 kommt der Rheinisch-Bergische-Kreis dazu.

In Siegen lag der Schwerpunkt der bisherigen Arbeit zum einen auf der Qualitätsentwicklung der BvB, die dort v. a. über einen großen Träger läuft. Zum anderen wurde die schulische Förderung der Berufsorientierung in den Klassen 8-10 verstärkt in den Blick genommen, um eine Kooperation mit anderen Lernorten und deren didaktisch sinnvolle Verzahnung zu erproben.

In Bielefeld gelang über die personelle und organisatorische Zusammenführung der SGB II- und SGB VIII-Ansprechpartner ein guter struktureller Ansatz, der eine sinnvolle Identifikation der förderbedürftigen Jugendlichen und das Nachhalten ihres Förderverlaufs ermöglichte. Die Entwicklung eines Maßnahmeprototyps als „Ein-Topf-BvB“ gelang hier jedoch aufgrund der Ausschreibungsmodalitäten und der isolierten Behandlung der Maßnahmen nicht.

Als zentrale Entwicklungsaufgaben bleiben daher weiterhin die Entwicklung einer „Ein-Topf-BvB“ sowie die stärkere Einbindung der Schulen in die Berufsorientierung mit praxisorientierten Angeboten bestehen. Auch die rechtzeitige und bessere Beratung der Jugendlichen zu den verschiedenen Bildungsgängen im Berufskolleg sowie die Entwicklung gemeinsamer Beratungsstandards von Schule und Berufsberatung sollen aufgegriffen werden.

F ILJA – Integration lernbehinderter Jugendlicher in Ausbildung (Typ 1.3 als Anknüpfungspunkt)

Beim Projekt ILJA wird der „Ein-Topf“-Ansatz landesweit auf die Zielgruppe der Förderschülerinnen und -schüler mit dem Förderschwerpunkt Lernen („Lernbehinderte“) angewendet. Das Projekt wurde im Februar 2009 im Auftrag des Ausbildungskonsenses NRW vom MAGS gemeinsam mit relevanten Partnern (MSW, Regionaldirektion der BA, kommunale Spitzenverbände, Optionskommunen, Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung) gestartet.

Zielgruppe sind alle Jugendlichen mit dem sonderpädagogischen Förderbedarf Lernen, die nicht über die Bundesagentur oder andere Wege eine Berufsausbildung beginnen. Es handelt sich hierbei um ca. 4.000 Jugendliche landesweit.

¹⁵ Telefoninterview mit Herrn Susen-Godde, Referat Berufliche Ausbildung, am 01.12.2009.

Die dreischrittige Zielsetzung beinhaltet folgende Punkte:

- Individuelle Förderung und Begleitung der lernbehinderten Jugendlichen ab Klasse 8 auf der Basis abgestimmter Förderpläne zur Entwicklung der Ausbildungsreife unter Nutzung der vielfältigen Angebote.
- Festlegung und Organisation individueller Übergänge im letzten Schuljahr gemäß des Entwicklungsstands und der Ausbildungsreife. Ggf. Zuordnung zu ehrenamtlichen Lotsen.
- Einmündung in eine Berufsausbildung in differenzierten, zertifizierten Formen für alle Jugendlichen gemäß ihres Entwicklungsstandes und ihrer Ausbildungsreife, soweit sie sich nicht entziehen. Begleitung des Qualifizierungsprozesses und Unterstützung beim Übergang in Beschäftigung. (Vgl. Projektgruppe ILJA 2009, S. 1 f.)

Unter dem letztgenannten Ziel, der Einmündung in eine Berufsausbildung, werden verschiedene Ausbildungsformen subsummiert: betriebliche Berufsausbildung, kooperative Berufsausbildung, integrative Berufsausbildung, außerbetriebliche Berufsausbildung sowie die Absolvierung von Ausbildungsbausteinen und der Erwerb von Teilqualifikationen.

In die individuelle Förderplanung werden von Anfang an die Eltern eingebunden, die sich auch mit der Datenweitergabe zu Dokumentationszwecken der individuellen Förderverläufe einverstanden erklären müssen.

Eine verantwortliche Stelle auf der Ebene der Kreise/kreisfreien Städte koordiniert und moderiert den Gesamtprozess von der Schule bis zum Verbleib nach der Ausbildung. Durch regelmäßige Abstimmungsgespräche zwischen allen Beteiligten soll die Transparenz über die Verläufe und Resultate der Qualifizierungsschritte der lernbehinderten Jugendlichen in der Region erheblich verbessert werden. (Vgl. ebd., S. 4)

Der Start des Projektes ist mit ersten Pilotkommunen/-kreisen für Anfang 2010 geplant. Eine Ausweitung der im Rahmen von ILJA geschaffenen regionalen Strukturen auf weitere förderungsbedürftige Zielgruppen könnte in einem zweiten Schritt dann leichter umzusetzen sein.

Zudem wird der strukturelle Ein-Topf-Ansatz seit dem 01.12.2009 auch im Rahmen des **Landesprojekts STAR** für die Zielgruppe der Jugendlichen mit körperlichen und geistigen Behinderungen sowie mit Sinnesschädigungen genutzt

4.1.4 Berufsvorbereitung, primär gerichtet auf Berufsorientierung/berufliche Grundbildung

Einstiegsqualifizierung (EQ) (Typ 1.4)

Das allgemeine Profil von EQ wurde in Kap. 2 beschrieben. In 2008 wurden in Nordrhein-Westfalen 5.148 Jugendliche in diesem Maßnahmentyp gefördert.

Für NRW liegen Daten zur Eingliederungsquote¹⁶ von Teilnehmenden der EQ für 2008 vor, die sechs Monate nach Austritt aus der Maßnahme erhoben wurden.

	Austritte insgesamt	sv-pflichtig beschäftigt	Eingliederungsquote
Einstiegsqualifizierung	1.530	714	46,7 %

Tab. 6: Austritte aus Einstiegsqualifizierung (recherchierbare Austritte 7/2007-6/2008) und Eingliederungsquote; Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Berichtsjahr 2008

Die Bundesagentur weist in den methodischen Hinweisen zur Statistik jedoch explizit darauf hin, dass die Ergebnisse zwar Aufschluss über die Beschäftigungschancen und Arbeitsloskeitsrisiken nach Abschluss einer Maßnahme aufzeigen, sie aber nicht unmittelbar im Sinne einer Ursache-Wirkungs-Analyse interpretiert werden können. Da die Eingliederungsquote sich aus den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten errechnet, kann aus den vorliegenden Daten nicht ermittelt werden, wie viele der Austritte in eine Berufsausbildung und wie viele in eine Beschäftigung gemündet sind.

4.2 Grundtypus 2: Berufliche Ausbildungsgänge

4.2.1 Schulische berufliche Grundbildung

A Berufsfachschule ohne Berufsabschluss (1- oder 2-jährig)

Ziel

Die Jugendlichen erwerben eine berufliche Grundbildung, die auf eine Berufsausbildung vorbereitet. Zugleich wird der mittlere Schulabschluss (Fachoberschulreife) ermöglicht, bei entsprechenden Leistungen auch mit der Berechtigung zum Besuch der gymnasialen Oberstufe. Die berufliche Grundbildung kann mit 6 oder 12 Monaten auf eine anschließende Ausbildung in einem Betrieb angerechnet werden.

Voraussetzungen

Mindestens Hauptschulabschluss nach Klasse 9.

Dauer

Der Bildungsgang dauert zwei Jahre.

¹⁶ „Die Eingliederungsquote EQ (definiert als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte/Austritte insgesamt * 100) gibt an, wie viele Maßnahmeteilnehmer sich stichtagsbezogen 6 Monate nach Austritt aus der Maßnahme in einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung befinden. Personen, die zum Stichtag nicht mehr oder noch nicht sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, werden nicht berücksichtigt. Zu den berücksichtigten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen gehören auch geförderte Beschäftigungsverhältnisse, wie z. B. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) sowie Arbeitsgelegenheiten (AGH) der Entgeltvariante.“ (Statistik der Bundesagentur für Arbeit: Methodische Hinweise zum statistischen Verfahren der umfassenden Verbleibsermittlung von Teilnehmern an Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung).

Besonderheiten

Wer diesen Bildungsgang absolviert hat, kann unmittelbar in das zweite Jahr der dreijährigen Höheren Berufsfachschule des entsprechenden Berufsfeldes oder Bereiches einsteigen. In der dreijährigen Höheren Berufsfachschule kann ein Berufsabschluss nach Landesrecht und die Fachhochschulreife erworben werden.

Berufsfelder und Bereiche

Die Bildungsgänge werden in unterschiedlichen Berufsfeldern und Bereichen angeboten, je nach Möglichkeit der einzelnen Berufskollegs (z. B. Agrarwirtschaft, Bautechnik, Elektrotechnik, Ernährung und Hauswirtschaft, Gesundheitswesen, Informations- und Telekommunikationstechnik, Wirtschaft und Verwaltung (Handelsschule))

Abschlüsse

Berufliche Grundbildung.

Mittlerer Schulabschluss (Fachoberschulreife), bei entsprechenden Leistungen auch mit der Berechtigung zum Besuch der gymnasialen Oberstufe.

Anschlussmöglichkeiten

Im Berufskolleg: Einstieg in das zweite Jahr der dreijährigen Bildungsgänge, die zu einem Berufsabschluss nach Landesrecht (z. B. als kaufmännische oder technische Assistenten/innen) und zur Fachhochschulreife führen.

Betriebliche Ausbildung: evtl. Einstieg in das zweite Ausbildungsjahr (Anrechnung nach BKAZVO¹⁷ mit 6 oder 12 Monaten auf eine anschließende Ausbildung in einem Betrieb möglich.) Voraussetzung ist, dass Auszubildende und Auszubildende dieser Anrechnung zustimmen.

Bildungsgang für Schüler/innen, die den mittleren Schulabschluss (Fachoberschulreife) bereits besitzen

Ziel

Die Jugendlichen erwerben eine berufliche Grundbildung, die auf eine Berufsausbildung vorbereitet.

Die berufliche Grundbildung kann mit 6 oder 12 Monaten auf eine anschließende Ausbildung in einem Betrieb angerechnet werden. Voraussetzung ist, dass Auszubildende und Auszubildende dieser Anrechnung zustimmen.

Zugleich kann die Berechtigung zum Besuch der gymnasialen Oberstufe erworben werden.

Voraussetzungen

Mindestens mittlerer Schulabschluss (Fachoberschulreife).

Dauer

Der Bildungsgang dauert ein Jahr.

(Vgl. www.berufsbildung.nrw.de/cms/informationen-zu-bildungsgaengen/berufsfachschule/berufliche-grundbildung/berufliche-grundbildung.html)

¹⁷ BKAZVO: Berufskolleganrechnungs- und -zulassungsverordnung

Bei der Lehrplanerstellung wurde die berufliche Grundbildung mit Blick auf die inzwischen außer Kraft getretene Bundesanrechnungsverordnung als erstes Jahr der dualen Ausbildung konzipiert. Allerdings ist eine regelmäßige Anpassung der Lehrpläne an die veränderten Lehrpläne und Ausbildungsverordnungen der betroffenen Ausbildungsberufe über die Jahre hinweg nicht erfolgt. In 2010 werden jedoch entsprechende Lehrplanarbeiten aufgenommen.

Zur tatsächlichen Nutzung der Anrechnungsmöglichkeiten der BFS-Abschlüsse liegen dem MSW keine Daten vor.¹⁸

B Berufsgrundschuljahr (Typ 2.1)

Auch in Nordrhein-Westfalen wird das in Kap. 2 beschriebene BGJ angeboten. In 2008 befanden sich 18.463 Jugendliche in diesem Bildungsgang.

Abschluss

Hauptschulabschluss nach Klasse 10. Bei einer Durchschnittsnote von mindestens 3,0 in den Fächern Deutsch/Kommunikation, Englisch und Mathematik ist der mittlere Schulabschluss (Fachoberschulreife) erreicht.

Anschlussmöglichkeiten

Im Berufskolleg: Einstieg in das zweite Jahr der Bildungsgänge, die zum mittleren Schulabschluss (Fachoberschulreife) führen oder nach bereits erfolgtem Erwerb des mittleren Bildungsabschlusses Einstieg in die einjährige BFS.

Betriebliche Ausbildung: evtl. Einstieg in das zweite Ausbildungsjahr (Anrechnung nach BKAZVO¹⁹ mit 6 oder 12 Monaten auf eine anschließende Ausbildung in einem Betrieb möglich.) Voraussetzung ist, dass Ausbildende und Auszubildende dieser Anrechnung zustimmen.

<http://www.berufsbildung.nrw.de/cms/informationen-zu-bildungsgaengen/berufsschule/berufsgrundschuljahr/berufsgrundschuljahr.html>

4.2.2 Schulische Berufsausbildung, Abschluss außerhalb eines anerkannten Ausbildungsberufs nach BBiG/HWO

Berufsfachschule mit Berufsabschluss nach Landesrecht (Typ 2.2)

Abschluss:

Berufsabschluss nach Landesrecht als staatlich geprüfte/r Kinderpfleger/in, staatlich geprüfte/r Sozialhelfer/in oder staatlich geprüfte/r Heilerziehungshelfer/in und mittlerer Schulabschluss (Fachoberschulreife)

Anschlussmöglichkeiten:

Der erfolgreiche Abschluss dieser Bildungsgänge ermöglicht sowohl die Aufnahme einer entsprechenden Berufstätigkeit, erfüllt aber auch in Verbindung mit dem mittleren Schulabschluss z. B. gleichzeitig die Aufnahmevoraussetzung für die Ausbildung

¹⁸ Information aus einem Email-Kontakt mit dem MSW im Dezember 2009.

¹⁹ BKAZVO: Berufskolleganrechnungs- und -zulassungsverordnung

als Erzieher / Erzieherin in der Fachschule. Demnach dienen die Bildungsgänge vielfach auch im Übergang Schule – Beruf der Verbesserung der Chancen auf eine weitere Berufsausbildung.

4.2.3 Schulische Berufsausbildung, Abschluss mit Bezug auf anerkannten Ausbildungsberuf nach BBiG/HWO:

Bildungsgänge nach der Berufskolleganrechnungs- und -zulassungsverordnung (BKAZVO) (Typ 2.3)

Die Berufskolleganrechnungs- und -zulassungsverordnung (BKAZVO) trat am 01. August 2006 in Kraft. Sie regelt zum einen die Anrechnungsmöglichkeiten von vollschulischen Ausbildungsgängen auf eine Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf und zum anderen die Möglichkeit, mit einer vollschulischen Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf und/oder einem Assistentenberuf die Zulassung zur Kammerprüfung zu erwerben. Diese Bildungsgänge sollen vorwiegend auf Regionen konzentriert werden, in denen problematische Lehrstellen-Bewerber-Konstellationen vorliegen und dort eine zusätzliche Option für einen Einstieg in eine Berufsausbildung schaffen. Zur Einrichtung eines entsprechenden Bildungsgangs bedarf es eines Konsens' des Berufskollegs, der Arbeitsverwaltung, der zuständigen Kammern sowie der Spitzenorganisationen der zuständigen Gewerkschaften. (Vgl. MSW 2008, S. 4)

Die vollschulischen Angebote in *dualen Ausbildungsberufen* zur Vorbereitung auf die Kammerprüfung richten sich an Altbewerber. Im Rahmen der fachpraktischen Ausbildung sind betriebliche Praxisphasen vorgesehen. Für folgende Bildungsgänge gibt es derzeit ein Angebot: Maschinen- und Anlagenführer/in, Bürokaufmann/-frau, Kosmetiker/in, Mediengestalter/in für Digital- und Printmedien, Fachinformatiker/in Systemintegration, Industriemechaniker/in, Informatikkaufmann/-frau, Kaufmann/-frau für Bürokommunikation, Fachkraft im Gastgewerbe, Kaufmann/-frau in Groß- und Außenhandel, Fachkraft für Lagerlogistik.

Für einige mind. 3-jährige Bildungsgänge, die entsprechend den Vorgaben der BKAZVO modifiziert auf einen *Berufsabschluss nach Landesrecht* („Assistentenberufe“) vorbereiten, gibt es ebenfalls die Möglichkeit, nach Ableistung entsprechender Praktika (von Lehrkräften betreut; Schülerstatus bleibt erhalten) die Kammerprüfung in dem mit dem Assistentenberuf verbundenen dualen Ausbildungsberuf abzulegen. Dies gilt für die Bildungsgänge Fremdsprachenassistent, Kaufmänn. Assistent (Betriebsw.), Gestaltungstechn. Assistent, Informationstechn. Assistent, Konstruktions- und fertigungstechn. Assistent, Kaufmänn. Assistent (Informationsverarbeitung) und Servicefachkraft.²⁰

²⁰ Zur näheren Kennzeichnung der Bildungsgänge und der Zulassungsvoraussetzungen vgl. die entsprechenden Bestimmungen der BASS (Bereinigte Amtliche Sammlung der Schulvorschriften Nordrhein-Westfalen) sowie den Leitfaden für Berufskollegs zur Umsetzung der BKAZVO des Ministeriums für Schule und Weiterbildung von 2008.

4.2.4 Außerbetriebliche Berufsausbildung

A Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE) (Typ 2.4)

Das allgemeine Profil der Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen wurde in Kap. 2 beschrieben. In 2008 wurden in Nordrhein-Westfalen 5.404 Jugendliche in diesem Maßnahmentyp gefördert.

B Der „3. Weg in der Berufsausbildung in NRW“ (Typ 2.4)

Der 3. Weg in der Berufsausbildung in NRW ist eine Maßnahme, in deren Rahmen Jugendliche, die ausbildungswillig, aber noch nicht ausbildungsreif sind, einen Berufsabschluss in 13 anerkannten Ausbildungsberufen erwerben können.

Bei den Berufen handelt es sich in der Regel um zweijährige Ausbildungsberufe, für die eine spätere Durchstiegsmöglichkeit in 3- bzw. 3,5-jährige Berufe besteht. Voraussetzung für die Aufnahme in den 3. Weg ist die vorherige Teilnahme an einer Berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme (z. B. BVB, Werkstattjahr) (vgl. MAGS 2008).

Der erste Jahrgang des 3. Weges startete seine Ausbildung im Oktober 2006 mit rund 850 Plätzen, der zweite im September 2008 in gleicher Stärke.

Zielsetzung, Zielgruppe und Auswahl der Teilnehmenden

Ziel ist die berufliche Qualifizierung über zertifizierbare Ausbildungsbausteine bis hin zum Berufsabschluss. Die Grundlage bildet ein regulärer Ausbildungsvertrag mit dem Bildungsträger nach Berufsbildungsgesetz bzw. Handwerksordnung. Ein Drittel bis die Hälfte der Ausbildungszeit besteht aus betrieblicher Qualifizierung.

Als *Zielgruppe* für den 3. Weg wird ausgewiesen: „Jugendliche und junge Erwachsene, die ausbildungswillig sind, aber aufgrund ihrer persönlichen und schulischen Voraussetzungen noch nicht ausbildungsfähig bzw. ausbildungsreif sind, also absehbar trotz der vorhandenen Fördermaßnahmen im Rahmen bestehender Regelausbildungssysteme (Schule, Betrieb) keine anerkannte berufliche Qualifizierung / Ausbildung mit den dazu gehörigen Abschlüssen erwerben werden.“ (MAGS 2008, S. 5)

Die *Auswahl der Teilnehmenden* soll in gemeinsamer Verantwortung durch die Agenturen für Arbeit, ARGE n oder Optionskommunen in Abstimmung mit den jeweiligen Trägern und unter Einbeziehung des Berufskollegs erfolgen.

Unterbrechung und Streckung der Ausbildung

Der 3. Weg lässt Unterbrechungen der Ausbildung von bis zu 6 Monaten zu. Damit sollen endgültige Abbrüche vermieden werden. Begründet sind Unterbrechungen bspw. durch das Antreten eines Strafvollzugs, Therapien, Klärung familiärer Angelegenheiten oder dem Nachgehen einer Beschäftigung. Danach ist die Wiederaufnahme der Ausbildung im 3. Weg möglich. Entsprechend hat jede/r Auszubildende die Option auf eine Verlängerung der Ausbildung auf bis zu fünf Jahre.

Je nach Dauer und Anlass sollen verbindliche Vereinbarungen über die Leistungen des Auszubildenden und des Ausbildenden während der Unterbrechung getroffen

werden. Bildungscoaching soll Jugendliche in dieser Phase so begleiten, dass eine Wiederaufnahme der Ausbildung erzielt wird.

Bedingt durch Unterbrechungen oder unterschiedliche Lerntempi kann die Ausbildungsdauer auf bis zu *5 Jahre gestreckt* werden.

Ausbildungsbausteine

Die Ausbildungsbausteine sollen als Instrument zur Untergliederung der Ausbildung eine individualisierte und flexibilisierte Ausbildung ermöglichen. Sie sind:

- tätigkeitsorientiert (Zuschnitt gemäß praxisbezogener Kerntätigkeiten)
- in sich abgeschlossen
- beschreiben Qualifizierungsergebnisse auf dem Niveau beruflicher Handlungskompetenz der jeweiligen Ausbildungsordnung
- wurden auf der Grundlage von BBiG/HWO entwickelt und haben einen verbindlichen Bezug zum Ausbildungsrahmenplan und schulischen Lernfeldern
- schließen mit einer Leistungsfeststellung durch den Träger ab

Die Erstellung der landesweit einheitlichen Ausbildungsbausteine erfolgte durch die Industrie- und Handelskammern Nordrhein-Westfalen und durch die Zentralstelle für Weiterbildung im Handwerk, jeweils in Kooperation mit Experten aus Schule und Wirtschaft. Durch das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) wurde anschließend eine fachliche Qualitätsprüfung der Ausbildungsbausteine vorgenommen.

Zertifizierung der Ausbildungsbausteine

Für jeden Ausbildungsbaustein wird durch den Ausbildenden eine Leistungsbewertung vorgenommen. Hinsichtlich des Aufbaus und der Gewichtung soll analog zu den Abschlussprüfungen des jeweiligen Ausbildungsberufes verfahren werden. Die Leistungsfeststellung soll dem Training der Zwischen- und Abschlussprüfung dienen. Die Inhalte entsprechen dem Qualifizierungsprofil des jeweiligen Ausbildungsbausteins. Tätigkeits- und handlungsorientierte Verfahren sollen bevorzugt eingesetzt werden. Die Beurteilung erfolgt mit Hilfe systematischer Beobachtung. Jeder erfolgreich abgeschlossene Ausbildungsbaustein wird vom Ausbildungsträger durch ein Zertifikat mit einer Leistungsbewertung bestätigt.“ (MAGS 2008, S. 21)

Bei einer vorzeitigen Beendigung des Ausbildungsverhältnisses können die bis dahin erfolgreich absolvierten Ausbildungsbausteine auf Antrag des Auszubildenden von der zuständigen Stelle bescheinigt werden.

Bildungscoaching

„Bildungscoaching ist als prozessbegleitendes Beratungs- und Unterstützungsangebot für die Jugendlichen während des gesamten Ausbildungsverlaufes zu gewährleisten. Bildungscoaching soll die Jugendlichen befähigen, die für sie richtigen Entscheidungen zu treffen und damit selbst die Verantwortung über ihren weiteren beruflichen Entwicklungsprozess zu übernehmen.“ (MAGS 2008, S. 15) Neben der individuellen Begleitung der Auszubildenden zählt zum Aufgabenbereich des Bildungscoachings auch die Koordination der drei Lernorte, das Übergangsmanagement an den Schnittstellen (Beginn der Ausbildung, Unterbrechungen, Prüfungen), Kompetenzentwicklung (Methoden-, Sozial- und Personalkompetenzen), individuelle Qualifizierungs- und Förderplanung sowie Lernförderung und sozialpädagogische Begleitung.

Lernort Berufskolleg

Entsprechend des hohen Bedarfs an Differenzierung und individueller Unterstützung der Auszubildenden wird im 3. Weg eine Beschulung in kleinen Lerngruppen von mindestens 12 Auszubildenden des Pilotprojekts vorgesehen. Laut Förderkonzept (MAGS 2008, S. 19) bilden die Lehrkräfte des Berufskollegs und die Mitarbeiter des Trägers ein Ausbildungsteam, das die gemeinsame Ausbildung anhand der Ausbildungsbausteine in Abstimmung mit den Lernfeldern des Berufskollegs arbeitsteilig regelt.

Erfahrungen zur Umsetzung des Förderkonzepts

Insbesondere im ersten Jahr der Pilotphase erwies sich das anspruchsvolle und komplexe Förderkonzept des 3. Weges als Herausforderung für die Umsetzenden. Ausbildungsbausteine wurden häufig nicht als zentrales Strukturierungsinstrument der Ausbildung angewandt, das Verständnis von Bildungscoaching und individueller Qualifizierungs- und Förderplanung war stark sozialpädagogisch geprägt, Lernortkooperation konzentrierte sich häufig auf disziplinarische Probleme und drängten fachliche oder methodisch-didaktische Abstimmungen in den Hintergrund.

Dank der intensiven und engmaschigen fachlichen Begleitung im 3. Weg wurden diese Handlungsbedarfe für den Auftraggeber und die Umsetzungsebene erkannt, Lösungsansätze entwickelt, Unterstützungsangebote unterbreitet (individuelle Beratung, Workshops, Erfahrungsaustausch, Fortbildungen, Entwicklungswerkstätten mit ausgewählten Trägern und Berufskollegs) und gemeinsam mit Trägern und Berufsschulen umgesetzt.

Erfolge und Perspektive des Pilotprojekts

Nach bisherigen Auswertungen haben bislang rund 83% derer, die im Projekt verblieben sind und ihre Regelausbildungszeit von 2 Jahren absolviert hatten, innerhalb von weniger als 3 Jahren an der Abschlussprüfung teilgenommen. Fast 88% der Prüfungsteilnehmenden haben sie bestanden.

Ab Herbst 2010 wird der 3. Weg als spezielle Form der Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE) durch die Agenturen für Arbeit mit einigen rechtlich bedingten Veränderungen in Nordrhein-Westfalen eingeführt. Es ist eine Ausschreibung für das Frühjahr 2010 in Vorbereitung.

5 Rahmenbedingungen: Finanzierung und Durchführung

Die folgende Übersicht gibt für die erläuterten Maßnahmen jeweils die Art der Finanzierung und die Orte der Durchführung an.

Maßnahme/Bildungsgang	Finanzierung	Durchführung
Startklar	BfA, Bundesmittel, Landesmittel	Haupt-, Gesamt- und Förderschulen; außerschulische Partner
Zukunft fördern	BfA, Landesmittel	Allgemein bildende Schulen
Betrieb und Schule BUS	ESF und Landesmittel	Schule und Betriebe (Praktika)
Kooperationsklassen Hauptschule-BOJ	Landesmittel	Hauptschule, Berufskolleg
BOJ	Landesmittel	Berufskolleg
KSoB	Landesmittel	Berufskolleg
BvB	BfA nach SGB III	Bildungsträger, Berufskolleg
Werkstattjahr	ESF und Landesmittel	Bildungsträger, Berufskolleg, Betriebe (Praktika)
„Ein-Topf“/ILJA	Landesmittel und Region	Struktureller Ansatz: Kreise/kreisfreie Städte
EQ	Bundesmittel; seit 2007: BfA nach SGB III	Betriebe
BGJ	Landesmittel	Berufskolleg
BFS	Landesmittel	Berufsfachschulen/Berufskolleg
Bildungsgänge nach BKAZVO	Landesmittel	Berufsfachschulen/Berufskolleg
BaE	BfA nach SGB III	Bildungsträger
3. Weg	ESF, Landesmittel und nach SGBII/SGB III (Ausb.vergütung)	Bildungsträger, Betriebe und Berufskolleg

Tab. 10: Übersicht der Maßnahmen hinsichtlich Finanzierung und Durchführung

6 Programmatische Aussagen über das Übergangssystem

Eine zentrale Grundlage für die Aktivitäten im Übergangssystem in NRW stellt der *Ausbildungskonsens NRW* dar. Der Ausbildungskonsens ist eine langjährig praktizierte Partnerschaft von Verantwortlichen in Wirtschaft und Gesellschaft zur Einlösung der politischen Zusage, dass jeder ausbildungswillige Jugendliche in NRW auch ausgebildet wird.

Der Ausbildungskonsens NRW wurde am 13. September 1996 von der Landesregierung NRW gemeinsam mit den wichtigsten Verantwortlichen aus Wirtschaft, Gewerkschaften und Verwaltung ins Leben gerufen. Die 1. Phase lief von 1996 bis 2001; die 2. Phase läuft seit September 2001 bis auf weiteres.

Der Ausbildungskonsens ist eingebunden in das *Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit NRW*. Die regionale Umsetzung des Ausbildungskonsenses NRW erfolgt auf der Ebene der 16 IHK-Bezirke mit den dort zuständigen Verantwortlichen der Partnerorganisationen.

In der seit 2001 laufenden 2. Phase des Ausbildungskonsenses NRW beteiligen sich folgende Partner:

- Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales (MAIS)
- Ministerium für Schule und Weiterbildung (MSW)
- Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter²¹
- Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit
- Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände
- Deutscher Gewerkschaftsbund
- Vereinigung der Industrie- und Handelskammern
- Nordrhein-Westfälischer Handwerkstag
- Westdeutscher Handwerkskammertag
- Landesvereinigung der Fachverbände des Handwerks
- Verband freier Berufe
- Kommunalen Arbeitgeberverband
- Städtetag NRW
- Städte- und Gemeindebund NRW
- Landkreistag NRW

Die wesentlichen Zielsetzungen lauten:

- „Versorgung aller ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen in NRW
- Verbesserung der Transparenz und Zusammenführung von Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt
- Differenzierung der Berufsausbildung zur Integration und Förderung von Jugendlichen mit unterschiedlichen Begabungen und Kompetenzen
- Erhöhung der Attraktivität dualer Ausbildung durch Modernisierung und Neuordnung von Berufen und Ausbildungsordnungen
- Verbesserung der Kooperation von Betrieben und Berufsschulen
- Verbesserung der Qualifikation der Schulabgängerinnen und Schulabgänger
- Weiterentwicklung der Zusammenarbeit Schule – Wirtschaft zur Sicherung des Ausbildungserfolgs und Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen

²¹ Aufgrund der Umstrukturierungen nach den Wahlen bei Redaktionsschluss noch unter Vorbehalt.

- Erhöhung der Ausbildungsbeteiligung von jugendlichen Migrantinnen und Migranten sowie Migrantenunternehmen.“

(<http://www.schulministerium.nrw.de/BP/Schulsystem/Kooperationen/ZusammenarbeitSchuleWirtschaft/Ausbildungskonsens/>, Zugriff am 03.11.2009)

Einen wichtigen Aspekt im Rahmen des Ausbildungskonsens' stellte von Anfang an die Berufsorientierung und Förderung der Ausbildungsreife der Schüler/innen mit dem Ziel eines möglichst unmittelbaren Übergangs von der Schule in die Berufsausbildung dar. Hierzu traf der *Landesausschuss für Berufsbildung des Landes NRW* in den „Empfehlungen zur Förderung junger Menschen für den Übergang von der Schule in den Beruf“ vom 18. Februar 2004 einige präzisierende Aussagen. Ausgangspunkt der Argumentation sind besondere Herausforderungen auf dem Ausbildungsmarkt und im Übergangssystem, wie ein regional unterschiedlich zurückgehendes Ausbildungsstellenangebot, der Rückgang des Ausbildungsinteresses bei bestimmten Zielgruppen von Jugendlichen, eine hohe Anzahl von Jugendlichen in „Warteschleifen“ und eine inakzeptabel hohe Abbruchquote von Auszubildenden. Es wird davon ausgegangen, dass zur Behebung dieser Missstände strukturelle Veränderungen auf schulischer und regionaler Ebene notwendig werden, um einen gezielteren Einsatz vorhandener Ressourcen zu ermöglichen.

Im Einzelnen richten sich die Empfehlungen auf folgende Bereiche:

- Einbezug der Arbeits- und Berufswelt in verschiedene Fächer/Lernbereiche der Sekundarstufe I
- Berufsorientierung und Berufswahlvorbereitung und
- strukturelle Veränderung auf schulischer und regionaler Ebene, v. a. durch eine Stärkung der Handlungsfähigkeit der Beiräte Schule und Beruf.

Zu dem Aspekt der Berufsorientierung formuliert der *Ausbildungskonsens NRW 2007* ein *Rahmenkonzept*, mit dem folgende Ziele verfolgt werden:

- „Berufsorientierung als Bestandteil einer schulischen individuellen Förderung soll Eingang in die Schulprogrammarbeit aller Schulen, Schulformen und – stufen finden.
- Die schulischen Konzepte und Maßnahmen zur Verbesserung der Berufsorientierung und Ausbildungsreife sollen im Sinne eines ganzheitlichen Ansatzes frühzeitig beginnen, aufeinander aufbauen (spiralcurricular) und nachhaltig wirken.
- Schülerinnen und Schüler sollen im Sinne einer besseren Berufsorientierung befähigt werden, in sinnvoller Weise Entscheidungen über ihren weiteren Ausbildungs-, Studien- und Berufsweg zu treffen. (...)
- Schülerinnen und Schüler sollen zur Ausbildungsreife geführt werden. Sie gelten als „ausbildungsreif“, wenn sie allgemeine Kompetenzen einer Bildungs- und Arbeitsfähigkeit soweit erfüllen, dass die Voraussetzungen für den Einstieg in die berufliche Ausbildung gegeben sind und ein erfolgreicher Abschluss der Ausbildung erwartet werden kann.“ (Ausbildungskonsens NRW 2007, S. 2; Hervorhebungen im Original)

Das Rahmenkonzept präzisiert weitergehend eine Reihe von Maßnahmen, die zur Erreichung der o. g. Ziele beitragen können. Diese beziehen sich auf die Schulorganisation, den Unterricht, weitere schulische Handlungsfelder (z. B. Praktika), enge Zusammenarbeit mit den Eltern, Zusammenarbeit mit der Berufsberatung der Agentur für Arbeit, Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und Zusammenarbeit mit weiteren außerschulischen Partnern. (Vgl. ebd., S. 2 ff.)

Auf Basis des Rahmenkonzepts formulieren das Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW sowie die Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit 2007 eine „*Rahmenvereinbarung zur Zusammenarbeit von Schule und Berufsberatung im Bereich der Berufs- und Studienorientierung*“. Dort werden Grundsätze der Zusammenarbeit formuliert sowie die Aufteilung der Aufgaben von Schule und Berufsberatung festgelegt. Für die Zusammenarbeit der einzelnen (allgemein bildenden und beruflichen) Schulen mit der jeweiligen Berufsberatung der Arbeitsagenturen werden jährliche Kooperationsvereinbarungen mit der Formulierung eines Angebotsportfolios fixiert.²² Zur schulübergreifenden Abstimmung und Kommunikation wird der „Beirat Schule und Beruf“ hervorgehoben. (Vgl. http://www.partner-fuer-schule.nrw.de/dev/t3/fileadmin/redaktion/pdf/zukunft/zf_rahmenvereinbarung.pdf, Zugriff am 03.11.2009)

In einer aktuellen *Empfehlung des Landesausschusses für Berufsbildung* vom 23.09.2009 wird insbesondere das Problem aufgegriffen, dass eine die Sekundarstufe I und ausbildungsvorbereitenden Angebote von Berufskollegs und anderen Trägern umfassende Struktur fehlt, um alle Angebote zu erfassen, zu koordinieren und die Jugendlichen zu vermitteln. Zum aktuellen Übergangssystem heißt es: „Obwohl die einzelnen Angebote sach- und zielgruppengerecht konzipiert wurden, stellt sich der Erfolg für die Jugendlichen oft nicht ein. Häufig nehmen junge Menschen Angebote wahr, ohne dass das Qualifikationsangebot und der Qualifikationsbedarf des Jugendlichen übereinstimmen. Grund dafür ist eine Vielzahl von intransparenten und unabgestimmten Förderangeboten und -programmen, wobei die Angebotsträger de facto um die gleichen Jugendlichen konkurrieren. Folge ist, dass Jugendliche nicht optimal in ihrer individuellen Entwicklung gefördert werden können. Daraus entsteht ein verspäteter Beginn der Ausbildung und letztlich der Erwerbstätigkeit, im schlimmsten Fall sogar Dequalifikation. (...) Zu häufig durchlaufen Jugendliche ein Angebot ohne Erfolg oder brechen eine Maßnahme ab, ohne dass sie eine berufliche Anschlussperspektive haben.“ (Landesausschuss für Berufsbildung 2009, S. 1f.) Aufgrund dieser Situation wird als Empfehlung formuliert, dass in jedem der 54 Kreise und kreisfreien Städte der Übergang von der Schule in den Beruf von einer Stelle koordiniert werden soll, die in kommunaler Trägerschaft liegt. Damit soll eine Koordination der verschiedenen Akteure und Angebote vorgenommen werden, um eine auf den einzelnen Jugendlichen passgenaue Vermittlung und Begleitung zu ermöglichen. Doppelstrukturen sollen unter Einbeziehung bestehender Strukturen vermieden werden.

²² Relevante Projekte in diesem Zusammenhang sind „Betrieb und Schule – (BUS)“, „Zukunft fördern“ sowie „STARTKLAR“, die in Kap. 4.1 näher beschrieben wurden.

Für die Umsetzung einer solchen Stelle wird die Ausarbeitung einer Rahmenkonzeption auf Landesebene empfohlen. Zu berücksichtigen sind dabei

- die Qualität und Transparenz des regionalen Qualifizierungsangebots,
- die Qualität und Flexibilität des Beratungsangebots im Übergangsprozess,
- die individuelle Vermittlung in ein passendes Angebot,
- die Erstellung eines Verbleibkatasters.

(Vgl. ebd., S. 3)

7 Zusammenfassende Darstellung und Einschätzung der Maßnahmen

Die nachfolgende Übersicht fasst die beschriebenen Maßnahmen nochmals prägnant zusammen und schätzt zudem deren Affinität zu den in Kap. 1 beschriebenen Zielen des „Leitbilds Berufsausbildung 2015“ ein.

Maßnahme	Typus	Zielgruppen/ Voraussetzungen	Lernorte	Abschluss	Teilnehmende (in 2008)	Affinität zu Leitbild- Zielen
START-KLAR	1.1	Schüler der Haupt-, Gesamt- und Förder- schulen; Kl. 8-10	Schule, außer- schul. Partner	/	Seit 2009 ca. 150 Schulen	Mittel (Berufswahlreife)
Zukunft fördern	1.1	Allgemein bildende Schulen	Schule, außer- schulische Partner	/	Seit Januar 2009 ca. 1000 Schulen	Mittel (Berufswahlreife)
BUS	1.1	Benachteiligte Jugendliche im letzten Pflichtschuljahr	Schule, Betriebe	/	Seit 2001 ca. 20.000 Schüler/innen	Mittel (Berufswahlreife)
Koop.- Klassen HS- BOJ	1.1	Schüler/innen nach Kl. 8 mit schlechter Abschlussprognose	Hauptschule, Berufskolleg, Betriebe (Prakt.)	HS-Abschluss	Noch im Versuchsstadium	Gering (*)
BOJ	1.3	Schüler/innen ohne HS-Abschluss	Berufskolleg, Betrieb (Prakt.)	Abschlusszeugnis, ggf. HS-Abschluss (Kl. 9)	5.658 Schüler/innen	Gering (*)
KSoB	1.3	Schüler/innen ohne Berufsausbildungsverhältnis	Berufskolleg	Ggf. HS-Abschluss (Kl. 9)	ca. 32.500 Schüler/innen	Gering ²³
BvB	1.3	Junge Menschen ohne berufl. Erstausbildung (i. d. R.) unter 25 Jahren nach Erfüllung der allgem. Schulpflicht	Bildungsträger	Ggf. HS-Abschluss	Ca. 15.000	Mittel (*)

²³ Sofern nicht in Zusammenhang mit einer BvB, dem Werkstattjahr oder einem schulisch organisierten und betreuten Praktikum

Maßnahme	Ty- pus	Zielgruppen/ Voraussetzungen	Lernorte	Abschluss	Teilneh- mende (in 2008)	Affini- tät zu Leit- bild- Zielen
Werkstatt- jahr	1.3	Jugendliche aus För- derschulen, Jgdl. ohne Schulabschluss, Jgdl. mit HS-Abschluss nach Kl. 9, die eine BvB voraussichtlich nicht erfolgreich absolvieren können	Berufs- Kolleg, Bildungs- träger, Betrieb (Prakt.)	Ggf. HS- Abschluss (im Einzel- fall)	Ca. 5.800	Mittel (*)
„Ein-Topf“ ILJA	1.3	Jugendliche mit För- derbedarf nach allgem. Schulpflicht; Präventiv ab Kl. 8 Förderschüler/in- nen Schwerpunkt Ler- nen ab Kl. 8	Je nach Maßnah- me	Je nach Maßnahme	Keine An- gabe	Hoch
EQ	1.4	Junge Menschen mit Vermittlungshemm- nissen	Betrieb	Betriebl. Zeugnis, Zeugnis der Berufs- schule, IHK- Zerti- fikat	Ca. 5.100	Mittel (*)
BGJ	2.1	Schüler/innen mit Hauptschulab-schluss oder BOJ	Berufs- kolleg	HS- Abschluss Kl. 10; ggf. mitt- lerer Schulab- schluss	Ca. 18.500	Mittel
BFS ohne Berufs- abschluss einjährig zweijährig	2.1	Mittlerer Schul- abschluss Hauptschulab- schluss n. Kl. 9	BFS	/	6.053 9.407	Mittel (*)
BFS mit Be- rufsabschluss nach Landes- recht	2.2	Hauptschulabschluss nach Kl. 9	BFS	Berufsab- schluss nach Landesrecht, Mittlerer Schulab- schluss	Ca. 8.000	Hoch
Bildungsgän- ge nach	2.3	Vollzeitschulische Be- rufsausbildung	Berufskol- leg mit betriebl.	Berufsab- schluss n. BBiG oder	629	Hoch

Maßnahme	Ty- pus	Zielgruppen/ Voraussetzungen	Lernorte	Abschluss	Teilneh- mende (in 2008)	Affini- tät zu Leit- bild- Zielen
BKAZVO			Praxis	HWO		
BaE	2.4	Jugendl. und junge Erwachsene, die auch mit abH keine betriebl. Ausbildung absolvieren könnten	Bildungs- träger, teilweise Betriebe	Berufsab- schluss n. BBiG oder HWO	Ca. 5.000	Hoch
3. Weg	2.4	Ausbildungswillige, aber nicht -reife Jugendliche, die nicht für BaE geeignet sind	Bildungs- träger, Berufs- kolleg, Betriebe	Berufsab- schluss n. BBiG oder HWO	Ca. 900	Hoch

Tab. 11: Zusammenfassende Matrix der dargestellten Maßnahmen

(*) Die Affinität ist zum einen abhängig von der zielgerichteten Ausgestaltung der Maßnahme, d.h. von der Nähe der berufsbezogenen Anteile zu den Kompetenzen eines Ausbildungsberufsbilds. Zum anderen erfordert die Einschätzung der Affinität zu den Leitbild-Zielen eine belastbare Zusage an die Teilnehmenden der Maßnahme, bei Erreichung der Ausbildungsreife in eine abschlussorientierte Berufsausbildung einmünden zu können.

Im Hinblick auf das Ziel, die Maßnahmen des Übergangssystems auf die in Kap. 1 ausgewiesenen beiden Grundtypen hin zu profilieren, ließe sich die Situation in Nordrhein-Westfalen wie folgt einschätzen:

- In den beiden Grundtypen kommen zwei Postulate zum Ausdruck: Zum einen sollen Konzepte und Maßnahmen so gestaltet werden, dass sie den heterogenen Bedingungen der Jugendlichen im Übergang von Schule in Ausbildung und Beschäftigung gerecht werden. Zum anderen sollen sie in ihren berufsfachlichen Komponenten so gestaltet werden, dass sie in curricularer Hinsicht möglichst nahe an die Strukturen und Inhalte eines anerkannten Ausbildungsberufs angelehnt sind.

Die Heterogenität der Lern- und Ausbildungsvoraussetzungen der Jugendlichen zum Ende der allgemein bildenden Schulzeit ist vielleicht kein so neues Phänomen wie dies immer wieder suggeriert wird (auch in Zeiten eines funktionierenden Ausbildungsstellenmarktes verfehlte ein relativ konstanter Prozentsatz an Schulabsolventen die Einmündung in eine Berufsausbildung), aber dieses Merkmal besitzt heute sicherlich eine erhöhte Bedeutung. Die Heterogenität begründet sich grob darin, dass einzelne Persönlichkeitsmerkmale für eine Berufsausbildung nicht hinreichend stark ausgeprägt sind. Dies können fehlende kognitive Kompetenzen (z. B. in Mathematik, Lesekompetenzen) oder auch psycho-soziale Schwierigkeiten sein (z. B. Suchtverhalten, inakzeptables Sozialverhalten, Vorstrafen, unrealistische Selbsteinschätzung). Heterogenität und in der Folge die Notwendigkeit einer individuellen Förderung resultiert daraus, dass zumeist einige wenige Merkmale problematisch ausgeprägt sind, deren Bearbeitung häufig relativ schnell die Bewältigung der Ausbildungsanforderungen ermöglichen würde.

- Neben diesen sachlich-inhaltlichen Komponenten erfordert das Verständnis des Übergangssystems in seiner aktuellen Ausprägung nicht nur eine curriculare bzw. pädagogische Perspektive, sondern seine Funktionsweise wird durch eine Vielzahl rechtlicher, ökonomischer, politischer u. a. Faktoren beeinflusst. Die nachfolgenden Überlegungen fokussieren die pädagogische bzw. curriculare Perspektive auf die Gestaltung der Maßnahmen, auch wenn damit zu Recht die Kritik erhoben werden kann, dass die sachlich begründete (Neu-) Gestaltung einer Maßnahme aus anderen Gründen scheitern könnte.
- Ein Teil der auch in NRW implementierten Maßnahmen im Übergangssystem (BvB, EQ und BaE) werden durch die Bundesagentur für Arbeit finanziert und inhaltlich profiliert. Sie besitzen in ihrer aktuellen Ausprägung einen unterschiedlichem Grad an Affinität mit den in Kap. 1 formulierten Zielen.
Die BvB haben sich auf der Förderstufe und insbesondere in der Übergangsqualifizierung bereits auf die Vermittlung von Qualifikationen eines Ausbildungsberufs ausgerichtet, ohne einen stringenten Bezug auf die Inhalte einer Berufsausbildung vorzuschreiben. Eine stringente Ausrichtung wäre demgegenüber so zu gestalten, dass beispielsweise die Eignungsanalyse und die Grundstufe auf die Ziele von Grundtypus 1 fokussiert, die Ausprägung von Förderstufe und Übergangsqualifizierung hingegen auf curriculare Bausteine spezifischer Ausbildungsberufe ausgerichtet würden.
Die EQ ist primär als Überbrückung für ausbildungsreife Jugendliche konzipiert, wobei die Anlehnung an Qualifizierungsbausteine empfohlen wird. Eine stringente Ausrichtung auf die hier verfolgten Ziele würde die bestehende Offenheit der Qualifizierung in der Form konkretisieren, dass verbindlich eine Qualifizierung und Zertifizierung entlang von Ausbildungsbausteinen aus anerkannten Ausbildungsberufen erfolgte.
Die BaE bietet mit ihrer Ausrichtung auf einen Berufsabschluss einen möglichen Bezugs- und Anschlusspunkt für die Maßnahmen im Rahmen von Grundtypus 1, in denen die Entwicklung der Ausbildungsreife mit der verbindlichen Erwartung verbunden werden soll, dass die Jugendlichen in eine abschlussorientierte Berufsausbildung einmünden können.
- Für die Gestaltung bzw. Weiterentwicklung des BOJ sowie des Werkstattjahrs gelten analoge Überlegungen wie zur BvB. Die momentane Ausprägung vermittelt den Eindruck, dass insbesondere im Werkstattjahr eine sehr heterogene Gruppe von Jugendlichen versammelt wird. Neben der vermutlich größeren Gruppe von noch nicht ausbildungsreifen Jugendlichen befinden sich dort auch einige wenige Jugendliche, die eine Berufsausbildung aufnehmen könnten. Die bestehende Heterogenität kann in den Lernorten dazu führen, dass beiden Gruppen – die noch nicht und die bereits ausbildungsreifen – nicht zielgerecht gefördert werden.
Vor diesem Hintergrund wäre zu überlegen, ob die Zuordnung der Jugendlichen in das BOJ hinreichend genau erfolgt.
- Das BGJ besitzt in seiner curricularen Struktur bereits eine hohe Affinität zu den Qualifikationen einer Berufsausbildung. Es wäre zu überlegen, ob diese Affinität noch dadurch gestärkt werden kann, dass curriculare Bausteine aus relevanten Ausbildungsberufen im BGJ zugrunde gelegt werden. Aufgrund der negativen Erfahrungen mit einer anschließenden Anrechnung des BGJ ist sicherzustellen, dass die Absolventen des BGJ einen sinnvollen, d. h. abschlussorientierten Anschluss vorfinden.

- Die Berufsfachschul-Angebote in NRW sind differenziert einzuschätzen. Generell stellt sich die Frage, inwieweit eine möglichst enge Verzahnung zwischen den BFS-Bildungsangeboten mit abschlussorientierten Ausbildungsgängen hergestellt werden kann. Dies gilt insbesondere für die BFS ohne Berufsabschluss, sofern sie nicht primär auf den Erwerb eines mittleren Bildungsabschlusses gerichtet ist.
Bezogen auf die BFS-Bildungsgänge mit einem schulischen Berufsausbildungsabschluss (z. B. dreijährige BFS mit Assistentenabschluss), die im Beschäftigungssystem eine geringe Akzeptanz besitzen, wäre zu überlegen, inwieweit diese nicht durch BFS-Bildungsgänge mit einem Berufsausbildungsabschluss nach BBiG/HWO ersetzt werden. Eine solche Veränderung erfordert im nordrhein-westfälischen Kontext einen regionalen Konsens. Von den Möglichkeiten der Anerkennung einer schulischen Abschlussprüfung als Kammerprüfung wird in NRW nur marginal Gebrauch gemacht (z. B. Staatl. Glasfachschule Rheinbach, Staatl. Berufskolleg in Iserlohn).
- Die Klassen für Schüler/-innen ohne Berufsausbildungsverhältnis (KSoB) fungiert momentan für die meisten Jugendlichen als ‚Wartesaal‘ ohne klare Zielausrichtung im Sinne der beiden unterschiedenen Grundtypen. Hier stellt sich die Frage, wie dieses Angebot zielgerichteter gestaltet werden kann. Veränderungen der KSoB erfordern gleichzeitig auch solche bei BvB und Werkstattjahr.
- Nicht zuletzt bedingt durch unterschiedliche Finanzierungsträger entstanden auch in NRW zahlreiche Programme, die im Ergebnis entweder dazu führten, dass unterschiedliche Maßnahmen für gleiche Zielgruppen profiliert wurden, oder dass Zielgruppen bzw. Jugendliche mit heterogenen Bedarfslagen in gleiche Maßnahmen zugeordnet wurden. Vor diesem Hintergrund stellt sich die übergreifende Frage, wie die Maßnahmen systematisiert und (noch) adressatengerechter strukturiert werden können. Die Frage kann als eine Heraus-/Aufforderung zur Entwicklung eines vereinfachten Maßnahmenkonzepts im Übergangssystem aufgenommen werden.

8 Perspektiven und Herausforderungen für Reforminitiativen

Die nachfolgenden Überlegungen entstanden innerhalb und im Anschluss an den Workshop mit zentralen Stakeholdern der nordrhein-westfälischen Berufsbildung am 13. 1. 2010 in Düsseldorf.

Das Übergangssystem besitzt aufgrund der Größe des Bundeslandes ein beträchtliches Volumen mit entsprechenden Implikationen für die öffentlichen Haushalte im Land. Dabei besteht über die Ineffizienz des Systems zwischen den zentralen Akteuren im Land weitgehend Konsens. In den vergangenen Jahren konnten im Rahmen einer ausgeprägten Diskussions- und Konsensbildungskultur zwischen den Akteuren bereits zahlreiche neue Ansätze in den Teilbereichen von Berufsorientierung, Berufsvorbereitung sowie außerbetrieblicher Berufsausbildung entwickelt werden. Die Diskussion fokussiert nunmehr das Ziel, die einzelnen Reformstränge in ein kohärentes System zu integrieren, um einer möglichst hohen Zahl von Jugendlichen einen Berufsausbildungsabschluss zu ermöglichen, die ökonomischen Belastungen zu reduzieren und die Ausschöpfung des Fachkräftepotenzials zu optimieren. Neben der Vielzahl von Maßnahmen, die auch in anderen Bundesländern eingesetzt werden, sind für Nordrhein-Westfalen die folgenden Ansätze hervorzuheben:

- In der Berufsorientierung wird verstärkt darauf geachtet, gefährdete Jugendliche früh zu identifizieren und für sie spezifische Ansätze der Berufsvorbereitung bereits während der allgemein bildenden Schule einzuleiten. In diesem Rahmen konnten inzwischen einige ‚Leuchttürme‘ gesetzt werden (z. B. das Projekt BUS), die im Großen und Ganzen funktionieren.
- Ein spezifischer Akzent in der Berufsvorbereitung ist darin zu sehen, dass die Entwicklung von Begleitungs- und Förderstrukturen im Rahmen regionaler Bildungsnetzwerke erfolgt. Prototypisch sind hier die Konzepte „Ein-Topf“ sowie ILJA (als Adaption und Weiterentwicklung von „Ein-Topf“ für lernbehinderte Jugendliche und bei Erfolg auszuweiten für alle förderbedürftigen Jugendlichen). „Ein-Topf“ beinhaltet keine neue Maßnahme, sondern stellt ein Strukturkonzept zur Koordination der Berufsvorbereitung auf der Grundlage einer individuellen Kompetenzfeststellung dar. Dabei stehen die folgenden Aspekte im Vordergrund:
 - Individuelle Förderplanung ab Kl. 8 allgemein bildender Schule bis zur Erlangung der Ausbildungsreife („Ein-Topf“) bzw. bis zum Übergang in Ausbildung/Beschäftigung.
 - Schaffung von Transparenz bezüglich der Förderangebote.
 - Koordinierung und Moderation des Gesamtprozesses durch eine (regionale) Stelle.
 - Dokumentation individueller Förderverläufe.

Auch wenn die Erfahrungen mit diesem Konzept zwischen den beteiligten Regionen divergieren, so wird das zugrunde liegende Prinzip der Koordination und Ausrichtung der Unterstützung an individuellen Förderplänen doch weithin als ein Fortschritt beurteilt.

- In der außerbetrieblichen Berufsausbildung wurde mit dem Konzept des „3. Wegs“ ebenfalls ein Reformkonzept entwickelt und erprobt. Konstitutiv für dieses Konzept ist die Verzahnung von Ausbildungsphasen und Formen der sozialpädagogischen Begleitung und Unterstützung. Die Ausbildungsphasen

sind curricular über Ausbildungsbausteine strukturiert, so dass die Jugendlichen in Schritten zu einem Ausbildungsabschluss geführt werden. Die Ausbildungsbausteine sind curricular mit den Lernfeldern abgestimmt worden. Aufgrund der spezifischen Lernvoraussetzungen kann die Ausbildung zeitlich flexibel auf bis zu 5 Jahre gestreckt werden. Parallel sind auf der Grundlage einer individuellen Qualifizierungs- und Förderplanung Formen des Coachings vorgesehen, die sich insbesondere an den Schnittstellen des Systems (Eintritt in den 3. Weg, Unterbrechung der Ausbildung, Wiedereintritt in die Ausbildung) befinden. Die Erprobung des Konzepts führte zwischenzeitlich zu fundierten Erfahrungen und Erfolgen, aber auch zur Identifikation von offenen Fragen für die Weiterentwicklung des Konzepts (z. B. Schneidung und Zertifizierung der Ausbildungsbausteine, Gestaltung des Bildungscoaching, Kooperation der beteiligten Lernorte). Der „3. Weg“ wird ab Herbst 2010 als Regelangebot der Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE) der Bundesagentur für Arbeit in Nordrhein-Westfalen etabliert.

Neben dem „3. Weg“ wurde in Nordrhein-Westfalen eine Regelung über die Anrechnung von vollschulischen Ausbildungsgängen auf eine Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf und/oder einem Assistentenberuf getroffen. Beide Wege sind mit der Möglichkeit der Zulassung zur Kammerprüfung verbunden. Diese Optionen spielen aktuell quantitativ keine große Rolle, sie sind jedoch strategisch bedeutsam, da sie im Anschluss an Maßnahmen der Berufsvorbereitung Möglichkeiten zur Erreichung einer abschlussorientierten Berufsausbildung bieten.

Neben diesen ermutigenden Piloterprobungen wird in den Diskussionen immer wieder auf einige zentrale Hemmnisse hingewiesen, so z. B.:

- Fehlende betriebliche Praktikumsplätze.
- Divergente Interessenlagen der Akteure (u. a. Arbeitsagentur, Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretungen, Kommunen, Bildungsträger) im Hinblick auf einen Abbau des Übergangssystems.
- Starke Verrechtlichung im Übergangssystem durch die Rechtskreise SGB II, III und VIII.
- Datenschutz mit Blick auf die fehlende Möglichkeit der Zusammenführung von Daten zwischen unterschiedlichen Institutionen.
- Finanzierung von Maßnahmen bei angespannter Haushaltslage (insbesondere in den Kommunen).

Im Rahmen des Workshops entstanden die Grundlinien eines Modells für einen kohärenten „Übergang mit System“. Das Modell sieht drei Bereiche vor, die jeweils in spezifischer Weise ausgeprägt sind und zwischen denen die Übergänge definiert und gestaltet werden.

1. Bereich 1: Prävention

Ab der Klasse 5/6 beginnt insbesondere für potenziell gefährdete Jugendliche eine individuelle Berufsorientierung und Berufswegeplanung. Die Verantwortung für diesen Bereich obliegt der Schule bzw. der Kommune. Nach Abschluss der allgemein bildenden Schule sind drei Übergänge definiert:

- a. Duale Berufsausbildung
- b. Höherer Schulabschluss

c. „Übergang in Berufsausbildung“

2. Bereich 2: „Übergang in Berufsausbildung“

Jugendliche, denen eine Einmündung in die duale Berufsausbildung nicht gelingt und die keinen höheren Schulabschluss anstreben, treten in den Bereich „Übergang in Berufsausbildung“ ein. Der Name für diesen Bereich bezeichnet klar das Ziel, nämlich den möglichst schnellen Übergang in eine anerkannte Berufsausbildung, nach Möglichkeit gem. BBiG/HwO und mit Kammerabschluss.

Die konkrete Zuordnung des Jugendlichen soll in Anlehnung an das „Ein-Topf“-Konzept in regionaler Verantwortung und Koordination erfolgen. Dabei steht die Ausrichtung an möglichst individuell gestalteten Förderplänen im Vordergrund, wobei sich bestimmte Grundtypen für die mehr oder weniger heterogenen Förderbedarfe herausbilden können. Die Förderung der Jugendlichen orientiert sich dabei an den folgenden Prinzipien:

- a. Flexibilität: Sowohl in zeitlicher als auch in inhaltlicher Hinsicht sollen die Förderaktivitäten flexibel ansetzen. Dies bedeutet, dass nicht mehr fest definierte Maßnahmen zeitlich ‚absolviert‘ werden, sondern dass die Bestrebungen darauf hinauslaufen, die betroffenen Jugendlichen möglichst schnell für eine Berufsausbildung vorzubereiten.
- b. Entwicklungsplätze statt Maßnahmen: Träger bieten nicht Maßnahmen, sondern Plätze an, in deren Rahmen die Jugendlichen individuell und bedarfsorientiert auf die Berufsausbildung vorbereitet werden. Entsprechend wären die Anreizstrukturen für die Träger auszulegen – nicht die lange Betreuung, sondern der erfolgreiche Übergang in eine Berufsausbildung sollte fördertechnisch positiv sanktioniert werden. Aus der ‚Versorgungsverantwortung‘ wird eine ‚Ergebnisverantwortung‘ des Trägers.
- c. Hohe Affinität zu Ausbildungsinhalten: Wie im Konzept des „3. Wegs“, in dem die duale Ausbildung vollständig, jedoch in Ausbildungsbausteinen strukturiert wurde, sollten sich die Fördermaßnahmen im berufsfachlichen Bereich möglichst eng an die curriculare Struktur einer anerkannten Berufsausbildung anlehnen. Dies legt beispielsweise die Verwendung und Zertifizierung solcher Ausbildungsbausteine nahe – zumindest in den Ausbildungsbereichen, in denen Ausbildungsordnungen bereits entsprechend modular gestaltet wurden.
- d. Dualisierung der Fördermaßnahmen: Innerhalb der Maßnahmen sollte angestrebt werden, außerbetriebliche, betriebliche und schulische Phasen in beträchtlichem Maße miteinander zu verzahnen.
- e. Coaching mit Übergangskontinuität: Über die Phasen von Prävention, Übergang und Berufsausbildung sollen die Jugendlichen in einer möglichst ausgeprägten Kontinuität begleitet und gefördert werden. Dies erfordert eine personelle Zuständigkeit sowie im Übergang die Möglichkeit des Anknüpfens an vorangegangene Unterstützungsformen. Voraussetzung hierfür ist eine Dokumentation der Förderverläufe.

3. Bereich 3: Berufsausbildung

Alle angebotenen Formen erfolgen nach den Curricula einer anerkannten Berufsausbildung und zielen auf den Erwerb eines Berufsabschlusses nach Mög-

lichkeit gem. BBiG/HwO mit Kammerabschluss. Prioritär ist die Absolvierung einer dualen betrieblichen Berufsausbildung. Subsidiär sind jedoch Formen der außerbetrieblichen Berufsausbildung vorzusehen, etwa bei überbetrieblichen Trägern (z. B. im Rahmen von „3. Weg“ oder „BaE“) oder in beruflichen Schulen (z. B. vollschulische Ausbildungsgänge mit Möglichkeit der Zulassung zur Ausbildungsabschlussprüfung der Kammer) – jeweils unter möglichst ausgeprägter Einbeziehung von betrieblichen Praxisphasen.

9 Literatur

Ausbildungskonsens NRW 2007: Rahmenkonzept des Ausbildungskonsens' NRW „Berufsorientierung als Bestandteil einer schulischen individuellen Förderung“ vom 16.05.2007.

http://www.partner-fuer-schule.nrw.de/dev/t3/fileadmin/redaktion/pdf/zukunft/zf_rahmenkonzept_ausbildungskonsens.pdf, Zugriff am 03.11.2009.

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.)(2008): "Bildung in Deutschland 2008. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Übergängen im Anschluss an den Sekundarbereich I". Bielefeld 2008.

Beicht, U. (2009): Verbesserung der Ausbildungschancen oder sinnlose Warteschleife? BIBB-Report 11/2009.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2009): Berufsausbildung 2015. Eine Entwicklungsperspektive für das duale System. Gütersloh 2009.

Bundesagentur für Arbeit (2009): Fachkonzept für berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen nach §§ 61, 61a SGB III (November 2009)

<http://www.arbeitsagentur.de/zentraler-Content/HEGA-Internet/A05-Beruf-Qualifizierung/Publikation/HEGA-11-2009-VA-Erg-BvB-Fachkonzept-Anlage-2.pdf>, Zugriff am 04.12.2009.

Bundesagentur für Arbeit (2009a): Geschäftsanweisung Teil I Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen (BvB) gem. § 61, 61a, 64 Abs. 2 sowie § 69 SGB III (Stand: November 2009)

<http://www.arbeitsagentur.de/zentraler-Content/HEGA-Internet/A05-Beruf-Qualifizierung/Publikation/HEGA-03-2009-Fachkonzept-BvB-Anlage-GA-01.pdf>, Zugriff am 04.12.2009.

Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.) (2009): BIBB Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2009 – Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung. Bonn 2009
Internetversion unter <http://datenreport.bibb.de>.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2009): Berufsbildungsbericht 2009. Bonn/Berlin 2009.

Dietrich, H. u. a. (2009): Ausbildung im dualen System und Maßnahmen der Berufsvorbereitung. In: Möller, J. & Walwei, U. (Hrsg.): Handbuch Arbeitsmarkt 2009. Bielefeld 2009, S. 318-357.

Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung mbH (GIB) (2007): 3. Weg in der Berufsausbildung in NRW: Umsetzung mit großem Engagement. Erster Bericht der fachlichen Begleitung (Oktober 2006-Mai2007). Bottrop 2007.

Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung mbH (GIB) (2008): 3. Weg in der Berufsausbildung in NRW: Zweiter Bericht der fachlichen Begleitung (Juni 2007-Dezember 2007). Bottrop 2008.

Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung mbH (GIB) (2009): GIB-Info 2/09 (als Kopie zur Verfügung gestellt, daher o. O., o. S.).

Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung mbH (GIB) (2009a): Bildungscoaching und individuelle Qualifizierungsplanung. Dritter Bericht der fachlichen Begleitung des Pilotprojektes „3. Weg in der Berufsausbildung in NRW“. Berichtszeitraum Januar – September 2009. Bottrop 2009.

Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung mbH (GIB) (2009b): Regionale Abstimmungsprozesse und Kooperation der Lernorte. Vierter Bericht der fachlichen Begleitung des Pilotprojektes „3. Weg in der Berufsausbildung in NRW“. Berichtszeitraum Oktober 2008 – Juni 2009. Bottrop 2009.

Konsortium Bildungsberichterstattung (Hrsg.) (2006): Bildung in Deutschland. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration. Bielefeld 2006.

Landesausschuss für Berufsbildung des Landes NRW 2004: „Empfehlungen zur Förderung junger Menschen für den Übergang von der Schule in den Beruf“ vom 18. Februar 2004.
http://www.arbeit.nrw.de/pdf/ausbildung/landesausschuss/landesausschuss_februar_2004.pdf.

Landesausschuss für Berufsbildung des Landes NRW 2009: „Im Übergang von der Schule in Ausbildung und Beschäftigung optimal qualifizieren“ vom 23.09.2009.
http://www.arbeit.nrw.de/pdf/ausbildung/landesausschuss/landesausschuss_september_2009.pdf,
Zugriff am 02.11.2009.

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS) 2006: Rahmenkonzept für eine effektivere und effizientere Struktur und Durchführung Berufsvorbereitender Bildungsangebote („Eintopf“). Düsseldorf 2006.

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS) 2008: Förderkonzept 3. Weg in der Berufsausbildung in NRW. Stand 15.05.2008.

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS) 2009: Merkblatt zur Förderung des „Werkstattjahres 2009/10“. Stand 22.07.2009.
http://www.gib.nrw.de/service/downloads/WSJ_20090723_Merkblatt_09-10_Endstand.pdf

Ministerium für Schule und Weiterbildung 2007: Berufsorientierung in der Sekundarstufe I, in der gymnasialen Oberstufe, im Berufskolleg und im Weiterbildungskolleg. RdErl. d. Ministeriums für Schule und Weiterbildung v. 6.11.2007.

Ministerium für Schule und Weiterbildung 2008: Leitfaden für Berufskollegs zur Umsetzung der BKAZVO. Version 2 (Stand März 2008).

Ministerium für Schule und Weiterbildung 2009: Das Schulwesen in Nordrhein-Westfalen aus quantitativer Sicht 2008/2009, Statistische Übersicht 369, Stand April 2009.
<http://www.schulministerium.nrw.de/BP/Schulsystem/Statistik/index.html>, Zugriff am 03.11.2009.

Ministerium für Schule und Weiterbildung 2009 a: Internes Papier zu Maßnahmen des Übergangssystems vom Oktober 2009, o. O., o. S.

Ministerium für Schule und Weiterbildung/Bundesagentur für Arbeit: Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen 2007: Rahmenvereinbarung zur Zusammenarbeit von Schule und Berufsberatung im Bereich der Berufs- und Studienorientierung vom 17.09.2009.
http://partner-fuer-schule.nrw.de/dev/t3/fileadmin/redaktion/pdf/zukunft/zf_rahmenvereinbarung.pdf.

Projektgruppe ILJA (2009): Positionspapier vom 07. Oktober 2009. Internes Papier des MAGS.